

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 129.

Dienstag, den 6. Juni 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Reichsversicherungsordnung.

Die Mehrheit hat in dritter Lesung das Ausnahme-gesetz gegen die Arbeiterklasse sogar noch mit einigen Verschlechterungen gegenüber der zweiten Lesung genehmigt.

Die Tatsache, daß für dies Ausnahme-gesetz nicht nur Zentrum, Konservative und Nationalliberale, sondern auch ein erheblicher Teil der Freisinnigen gestimmt hat, läßt erkennen, daß wohl bei der Reichstagswahl dieselbe kompakte bürgerliche Mehrheit gegen die Arbeiterklasse mobil werden wird.

Es ist damit ein Gesetz zustande gekommen, das unter dem Vorzeichen, Not und Sorgen entgegenzutreten, Not und Sorgen schafft, die Arbeiterklasse mit 56 1/2 Millionen Mark jährlicher Steuern neu belastet und ihnen als Entgelt hierfür die Selbstverwaltung nimmt, die Möglichkeit eines vorbeugenden Heilverfahrens und einer Verhütung von Unfällen erheblich verringert und die Witwen und Waisen durch eine „Rente“, die in den ersten Jahren bis 1917 etwa 17 bis 18 Pfg., später gegen 20 Pfg. für die völlig erwerbsunfähig gewordene Witwe und bis 1917 gegen 9 Pfg., später 10 Pfg. täglich für ihr Kind beträgt.

Durch das Angeführte sind noch keineswegs alle Verschlechterungen, die das Gesetz gegenüber dem bestehenden Zustande bringt, bezeichnet. Insbesondere wäre nach dieser Richtung hin noch die außerordentliche Verschlechterung des Verfahrens, die Vergrößerung der Rentenquetscheri und die Beseitigung der Rekursinstanz für Unfallsachen anzuführen.

Für die Entziehung der Arbeiter im Krankenversicherungswesens, als deren eigentlicher Vater nicht mit Unrecht der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan bezeichnet wurde, konnte auch nicht ein Atom irgend einer Berechtigung angeführt werden. Die elenden Verdächtigungen und Verleumdungen, die gegen die Arbeiter von bürgerlicher Seite angeführt wurden, sind von unseren Genossen als das erwiesen, was sie sind. Die bürgerliche Mehrheit zog sich auf die famose Behauptung zurück: wenn auch kein Mißbrauch stattgefunden habe, müsse doch der Möglichkeit eines Mißbrauches dadurch gesteuert werden, daß man die Selbstverwaltung der Arbeiter beschneide. Der wahre Grund ist ein anderer. Er zeigt sich allenthalben bei der Gestaltung der Reichsversicherungsordnung, insbesondere bei dem leider erfolgreichen Anknüpfen der Mehrheit gegen eine Zentralisierung der Kassen. War bei Schaffung der Versicherungs-gesetzgebung einer der Hauptgründe der Bourgeoisie, der sie veranlaßte, ihren Widerstand gegen den Grundgedanken einer Versicherung aufzugeben, der, daß sie durch die Versicherungs-gesetzgebung die Armenlasten von den Schultern der Wohlhabenderen auf die Arbeiter wälzen wollte, so war bei der jetzigen Reichsversicherungsordnung neben diesem Beweggrund für die Regierung und die bürgerlichen Parteien das Bestreben maßgebend, eine Art Schutztruppe der „national“ gesinnten Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse durch Versorgungsposten in der Verwaltung der Versicherungs-gesetzgebung zu schaffen. An Stelle von Arbeitern sollen abgelegte Beamte, ausgeschiedene Offiziere, Militärärzte, verkrachtete Existenzen der Bourgeoisie, gesinnungslose Bureaukraten auf Kosten der Arbeiter Ämter in den Versicherungszweigen erhalten. Das war das treibende Motiv.

Die Landarbeiter sind völlig rechtlos gemacht. Ein bürgerlicher Abgeordneter wagte zu behaupten, eine Entziehung der Landarbeiter liege nicht vor, weil diese bislang Rechte noch nicht besessen hätten. Als ob darin keine Entziehung liegt, daß man den Landarbeitern Beiträge abnimmt, aber sie noch schlechter stellt als die gewerblichen Arbeiter und die Verwaltung ihrer Gelder der Unternehmerklasse und den von diesen gewählten Kreaturen anvertraut!

Der antisoziale Haß der Regierung gegen die Arbeiter und derjenigen, die der Reichsversicherungsordnung zugestimmt haben, tritt in den Bestimmungen besonders hervor, die auf eine Verhinderung der Verhütung von Krankheiten, Unfällen und Sterblichkeit abzielen. Die Verengung der Versicherungsanstalten in der Errichtung von Heilanstalten, das Verbot an das Reichsversicherungsamt, für landwirtschaftliche Betriebe Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen, und die Stellung gegenüber Schwangeren und Wöchnerinnen rechnet hierhin.

Geradezu schamlos war es, daß in der dritten Lesung auf Betreiben derjenigen Teile des Zentrums und der Konservativen, in deren Gegenden die Kindersterblichkeit am größten ist, die Beschlüsse zweiter

Lesung sogar noch verschlechtert wurden. Deutschland marschiert an der Spitze aller westeuropäischer Kulturstaaten hinsichtlich der Höhe der Säuglingssterblichkeit. Von 100 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahre in Norwegen 6,7, in Schweden 7,7, in Dänemark 10,8, in der Schweiz 10,8, in Irland 9,7, in Schottland 11, in England und Wales 12,1, in Holland 12,5, in Belgien 13,2, in Frankreich 14,3, in Italien 15,6, in Deutschland 17,8. Ja, die Kindersterblichkeit schwillt in einigen Gegenden insbesondere des ländlichen Bayerns bis gegen 30 Prozent an. Größer als die Zahl der in einem Kriege Sterbenden ist die Zahl der Frauen, die im Wochenbett ihr Leben einbüßen oder ein lebenslangliches Siechtum infolge ungenügender Fürsorge davontragen. Diesem beschämenden, entsetzlichen Zustand trat bereits früher insbesondere bei der Krankenversicherungsnovelle 1903 die Sozialdemokratie entgegen. Nur ein geringfügiger Teil ihrer zur Bekämpfung dieses Elends gestellten Anträge ging durch. Das ungeheuerliche Elend veranlaßte die Reichsversicherungs-Kommission in der ersten Lesung, die Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen zu erhöhen. Da erklärte die preussische Regierung, die Reichsversicherungsordnung müsse scheitern, wenn die Hilfe für die schwangeren Frauen und Säuglinge beschlossen würde. Ein willkommener Vorwand für das Zentrum zum Unfall. In der zweiten Lesung lehnte das Plenum trotz der eindringlichsten Schilderung der zum Himmel schreienden Zustände eine Besserung ab. Und in dritter Lesung wurde gar noch die geringfügige achtwöchentliche Wöchnerinnen- und Schwangerinnenunterstützung auf Betreiben der Zentrums und der Konservativen für die Landarbeiter auf die Hälfte herabgesetzt!

Der Betrug und die Verhöhnung, die die ausnahmegesetzliche Mehrheit des Reichstages gegen die Witwen und Waisen und gegen die Arbeiter mit der sogenannten Hinterbliebenenversicherung vollführt hat, ist durch die Verhandlungen klar zu Tage getreten. Die geringfügigen Verbesserungen, die bei der zweiten Lesung des Einführungsgesetzes vorgenommen sind, ändern an der Tatsache nichts: die Reichsversicherungsordnung nimmt den Arbeitern und deren Witwen wohl erworbene Rechte ohne Entschädigung und führt unter dem Namen einer Hinterbliebenenversicherung eine die Arbeiter höhrende Karikatur einer Versorgung ein. Wiederholt legten wir dar, wie es sich hiermit verhält.

Nach dem bestehenden Gesetz haben einen Anspruch auf Erstattung der eingezahlten Versicherungsbeiträge:

1. weibliche Personen, die eine Ehe eingehen,
2. Verletzte, die mehr als der siebeneinhalbfachen Betrag des Grundbetrages der Invalidenrente als Unfallrente beziehen und
3. Witwen und noch nicht 16 Jahre alte Kinder verstorbenen Versicherter, die eine Rente nicht erhalten hatten.

Im Jahre 1909 betrug die Summe, die auf Grund dieser Vorschriften ausgezahlt wurde, etwas über 9 1/4 Millionen Mark. Der Durchschnitt der zurückgezahlten Beiträge betrug für den Einzelfall 90,40 Mk., einige Rückzahlungen betragen 190 Mk. Dieses Recht auf Rückzahlung ihres Eigentums ist durch die Versicherungsordnung den Frauen, Witwen, Waisen und Unfallrentnern genommen. Man kann dem nicht entgegenhalten, daß die Reichsversicherungsordnung doch eine Art Entschädigung durch die sogenannte Hinterbliebenenversicherung biete. Denn zunächst ist der Kreis der Personen, denen ein Anspruch auf Rückzahlung zusteht, ein anderer, viel weiterer als der sehr enge Kreis, denen eine Karikatur einer Hinterbliebenenrente eingeräumt werden soll.

Es sollen ja nicht alle Witwen, sondern lediglich die völlig erwerbsunfähig gewordenen eine Rente erhalten. Das werden bei der Praxis, die durch die Bereicherungskommission eingeführt ist, kaum fünf von hundert Witwen sein.

Ferner ist zwecks Ausbringung der Hinterbliebenenrente eine Erhöhung der Invalidenbeiträge von nicht weniger als 56 1/2 Millionen jährlich vorgesehen. Aberdies ist in einigen Fällen der zurückzustellende Betrag höher als die sog. Witwen- und Kinderrente. Bekanntlich beträgt die auf Grund einer zehnjährigen Beitragsleistung in der niedersten Lohnklasse zu zahlende Witwenrente ganze 72,60 Mk. jährlich, also 27,80 Mk. weniger als der Durchschnitt der jetzigen Rückzahlungen, die in einigen Fällen sogar bis 198 Mk. betragen.

Diesen Raub des Eigentums hat das Einführungsgesetz nach mehreren Richtungen hin vergrößert.

Erstens soll die Reichsversicherungsordnung zwar erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten, alle diejenigen aber,

denen nach dem bestehenden Gesetz ein Recht auf Erstattung der von ihnen oder ihren Eltern gezahlten Beiträge zusteht, soll dies Recht nur bis zur Verkündung der Reichsversicherungsordnung zustehen. Wird die Reichsversicherungsordnung etwa am 15. Juni verkündet, so verlieren also alle Ehefrauen, die nach dem 15. Juni 1911, aber vor dem 1. Januar 1912 heirateten, ihr Recht auf Rückzahlung der Beiträge selbst ohne die Hoffnung auf einen Pfennig Entschädigung irgend welcher Art. Diesen Raub den Ärmsten gegenüber wagen die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen Sozialpolitik zu nennen.

Aber das ist noch nicht der tödlichste Schlag, den das Einführungsgesetz gegen die Witwen und Waisen führt. Die jämmerlichen Renten, mit denen die Reichsversicherungsordnung die Waisen, Witwen und Arbeiter verhöhnt, erschienen dem Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen noch zu hoch: es soll bis 1917 oder 1924, dem Ablauf der Wartezeit (200 bis 500 Wochenmarken, also fünf bis zwölf Jahre müssen zu deren Erfüllung geklebt sein), die Witwenrente nur 68 Mk. jährlich, also 17 bis 18 Pfennig, die Waisenrente gegen 9 Pfg. täglich betragen. Die Witwen und Kinder verlieren aber ihren Anspruch auf Rückzahlung der Beiträge, der im Jahre 1912 über 120 Mk. im Durchschnitt betragen würde, gänzlich! Erst wird den Witwen und Waisen im Jahre 1902 eine Witwen und Waisen-Versorgung vom 1. Januar 1910 ab versprochen; neunzig Millionen Mark jährlich wurden versprochen, sie sollten aus den Zollerträgen vom Jahre 1906 ab gepart werden. Als das Jahr 1910 herangerückt war, befanden sich in dem Spartopf statt 450 bis 500 Millionen 56 Millionen, weil die konservativen und Zentrumsjunker mittels der Einfuhrscheine den Spartopf für sich geleert hatten. Dann nahmen Zentrum, Konservative und Nationalliberale den Witwen, die nicht selbst invalide geworden waren, die ihnen durch Reichsgesetz versprochene Versorgung und raubten ihnen ihr jetzt ihnen gesetzlich zustehendes Recht auf Erstattung der von ihren verstorbenen Ehemännern geleisteten Beiträge. Die invalide gewordene Witwe sollte, wenn ihr Mann zehn Jahre lang geklebt hatte, 20 Pfennig pro Tag, ihre Kinder, wenn nur eins vorhanden, 10 Pfg., zwei vorhanden, nur 9, sind drei vorhanden, nur 8 Pfg. täglich erhalten. Und jetzt hat der Reichstag auch diese Sätze bis zum Jahre 1917 oder 1924 hin noch herabgesetzt!

Diese gemeine Expropriation und Betrügerei gegen die Witwen und Waisen ist der Gipfel des unter der Flagge einer Reichsversicherungsordnung gegen die Arbeiterklasse unternommenen Raubzuges.

Professor Dr. Leopold von Wiese hat in seinem Werke: „Posadowsky als Sozialpolitiker“ seine Gesinnungsgenossen, die Christlichsozialen, die Selbstverwaltung der Krankenkassen nicht über das in der Novelle von 1903 Geleistete hinaus zu beschränken. Er meinte:

„Die Rechnung hätte nicht die Sozialdemokratie zu zahlen — sie würde viel mehr als Partei Fortschritte machen —, sondern es würde die gesamte Arbeiterklasse um eines ihrer wesentlichsten Rechte verürzt werden.“

Dies Urteil ist durchaus zutreffend. Darüber hinaus müssen aber die anderen von uns ange deuteten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und die Ablehnung der Anträge der Sozialdemokratie Empörung in der Arbeiterklasse ohne Unterlass ihrer politischen Stellung hervorgerufen. Die kleinen Verbesserungen, die die Reichsversicherungsordnung in anderen Punkten gegenüber dem heute bestehenden Zustand enthält, sind völlig ungenügende Abschlagszahlungen auf die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse. Und auch diese minimalen Zugeständnisse wären ja ohne das Drängen der Sozialdemokratie nicht einmal erfolgt. Wacker und mannhaft hat die sozialdemokratische Fraktion unermüdet in der Kommission und im Plenum, leider zum größten Teil vergeblich, für Abwehr der ausnahmerechtlichen Bestimmungen und für Verbesserungen gekämpft. Sie konnte gegenüber der kompakten gegen die Arbeiterklasse gerichteten Mehrheit nicht mehr ausrichten. Die Mehrheit drängte auf Erledigung dieser Reichsversicherungsordnung, weil sie, wie die „Deutsche Tageszeitung“ so offenerzig zugab, fürchtete, der nächste Reichstag würde ein für die Arbeiterklasse besseres Gesetz zustande bringen. Der Inhalt der Reichsversicherungsordnung ist ein prächtiger Agitationsstoff für die Wahlen. Auch den indifferentesten Arbeiter muß diese Verhöhnung seiner Rechte, die gar noch vom Zentrum beschönigt wurde, aufpeitschen. Benutzen wir den von den Segnern uns in die Hand gedrückten Agitationsstoff.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Geistige „Sanfultotten“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist sehr überrascht von der Absicht des Herrn v. Kröcher, die Stelle eines Präsidenten des preussischen Junkerparlamentes nicht mehr übernehmen zu wollen. Sie tritt mit einem ganz unverständlichen Eifer der Auffassung entgegen, daß Herr v. Kröcher vor den Sozialdemokraten kapituliert hat. Das agrarische Organ leitet sich dann folgende Sätze:

„Es würde sich höchstens darum handeln, daß wieder einer unserer besten Politiker es allmählich satt bekommen hätte, sich mit geistigen Sanfultotten herumzuschlagen und dabei überdies von den bürgerlichen Vätern mitunter noch mehr oder weniger im Stiche gelassen zu werden. Sollte also Herr v. Kröcher tatsächlich amtsüde sein, so würde das nur ein bedauerliches Zeichen für den Niedergang des Parlamentarismus bedeuten, der überalt durch das Eindringen der Sozialdemokratie mit ihrer parlamentarischen Sitten- und Zuchtlosigkeit bezeichnet wird.“

Entweder hat die „Deutsche Tageszeitung“ das Auftreten der Kretsch, Westarp und Oldenburg im Reichstag schon vergessen, oder sie ist der Auffassung, daß die Rippeleien dieser Herren die reinsten Blüten parlamentarischer Zucht und Sitte seien. Aber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streifen, am allerwenigsten mit den Agrariern, deren einflußreicher Führer v. Dieß-Daber den Ministern entgegenrief: „Die Minister können uns sonst was!“

### Eine Reichsverbands-Ente.

Die „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ vom 23. Mai 1911 enthält u. a. einen Artikel mit der Überschrift: „Ein bemerkenswertes Jugendbildnis.“ Es wird darin behauptet, der deutschen Sozialdemokratie sei es „bekanntlich“ sehr peinlich, daß Deutschland in der sozialpolitischen Gesetzgebung allen übrigen Kulturstaaten weit voraus sei; damit sei ihr wirksames Agitationsmittel aus der Hand genommen. Aus diesem Grunde hätten die deutschen Genossen auf internationalen Kongressen die ausländischen Parteimitglieder schon sehr oft aufgefordert, endlich ihre volle Kraft einzusetzen, um eine Deutschland ebenbürtige Sozialgesetzgebung zu erreichen. Dies Ziel werde von der Sozialdemokratie aber nicht etwa verfolgt, damit die arbeitende Bevölkerung in den ausländischen Staaten in den Genuß der Wohltaten einer großzügigen Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung gelange, sondern nur, — wie der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fräßdorf, der Vorsitzende des Verbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands, in einer Versammlung in Radeberg bei Dresden (H. Leipziger Neueste Nachrichten vom 9. August 1910) hervorgehoben habe — damit endlich im politischen Kampfe in Deutschland die ewigen günstigen Vergleiche mit diesen ausländischen Staaten ausgeschaltet werden könnten.“

So der Reichsverband. In Wahrheit hat Genosse Fräßdorf selbstverständlich etwas ganz anderes gesagt. Genosse Fräßdorf teilt uns dazu mit:

Dresden, den 30. Mai 1911.

„Ich habe in meiner Radeberger Rede ausgeführt: Es ist richtig, daß die Arbeiterversicherung in Deutschland einen größeren Umfang hat, als in anderen Ländern, in denen allerdings einige Zweige der Versicherung besser entwickelt sind als bei uns. Wir sind auch auf internationalen Arbeiterversicherungskongressen dafür eingetreten, daß man im Auslande schneller folge. Dann hört auch bei uns der Einwand auf, daß wir mit Rücksicht auf das Ausland mit unserer Arbeiterversicherung nicht weiter gehen könnten.“

„Ich habe die reichsverbändlerische Verdrehung schon im „Grenzblatt“ in Sebzig in Sachsen berichtigen wollen. Das Reichsverbandsorgan vergaß aber die Veröffentlichung der Berichtigung, und zu einer Klage erschien mir die Sache nicht wichtig genug.“

Man ist wieder einmal nach berühmtem Muster verfahren: um die Partei und ihre Stellungnahme zur Arbeiterversicherung zu verdächtigen, wird eine nebenläufige Bemerkung herausgegriffen, entstellt und gefälscht.

J. Fräßdorf.“

### Die Scharfmacher befehlen.

Von „wohlfundierter Seite“, also vermutlich aus dem Bureau des Zentralverbandes deutscher Industrieller, geht der „Post“ eine Betrachtung über das künftige Wahlrecht in Preußen zu. Nach einer Betrachtung über das neue reichsländische Wahlrecht wird ausgeführt:

„Wie sehr aber auch der Regierung durch die Vorgänge bei der Behandlung über die elfsaß-lothringische Verfassungsreform die Verteidigung des Standpunktes der Ehrenrede von 1908 erschwert sein mag, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß, wenn immer die Reform des preussischen Wahlrechts durch das Ministerium Bethmann wieder in Angriff genommen wird, die Regierungsvorlage un verändert auf der Grundlage der Abstufung des Wahlrechts nach dem bisherigen Gewicht der Wahlstimmen aufgebaut sein wird. Darüber kann nach der ganzen Persönlichkeit des Ministerpräsidenten gar kein Zweifel obwalten.“

Herr von Bethmann-Hollweg ist nunmehr in der deutlichsten Form darüber informiert, wie die künftige Wahlrechtsvorlage für Preußen beschaffen sein muß, wenn ihm das Vertrauen der Scharfmacher erhalten bleiben soll.

### Die sparsame Heeresverwaltung.

Eine militärische Korrespondenz stimmt ein Loblied an auf die Sparjamkeit der deutschen Heeresverwaltung, die gegenwärtig zu Uniformen nicht graues, sondern wieder blaues Tuch verarbeitet läßt. In Wirklichkeit liegt zu einem solchen Lob nicht der mindeste Anlaß vor, denn die Heeresverwaltung hat Tuchvorräte im Werte von 20 Millionen Mark angezapelt. Daß diese Umarmen blauen Tuches erst verarbeitet und dann abgetragen werden müssen, ehe man an die Verwendung des grauen Tuches

gehen kann, ist doch einfach eine Selbstverständlichkeit. Gegenüber der bürgerlichen Presse, die in dieses Loblied sofort einstimmen wird, ist es nötig, die wahren Tatsachen festzustellen, schon damit sich die Heeresverwaltung nicht etwa einbildet, sie sei ganz außergewöhnlich sparsam.

### Die Reichstagserversatzwahl in Düsseldorf.

Die Presse des schwarz-blauen Blockes sieht dieser Ersatzwahl zum Reichstage mit recht gemischten Gefühlen entgegen. Daß die Entscheidung im ersten Wahlgange fallen kann, ist nach Lage der Sache ausgeschlossen. Bei der Stichwahl aber liegt die Entscheidung wieder in den Händen der Nationalliberalen. Die „Kreuzzeitung“ unternimmt es nun bereits, dem Zentrum, das den Liberalen nicht recht trauen will, Mut zuzusprechen, indem sie schreibt:

„Nach den jüngsten Erklärungen des Abg. Bassermann und der nationalliberalen Parteipresse wäre es für die nationalliberale Parteileitung eine Beleidigung, wenn man annehmen wollte, sie könnte für Düsseldorf eine andere Stichwahlparole ausgeben, als sie für Gießen ausgegeben hatte.“

Die Konservativen nehmen offenbar an, daß die Nationalliberalen dem Zentrum die Schutzpugerdienste nicht verweigern können, die sie eben in Gießen den Antisemiten geleistet haben.

### Landwirtschaftskammern gegen Hanjabund.

Da vielfach die Handelskammern dem Hanjabunde beigetreten sind, so warf die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen die Frage auf, ob etwa auch die Landwirtschaftskammern dem Bunde der Landwirte beitreten könnten. Der preussische Landwirtschaftsminister bejahte in einer Verfügung diese Frage. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen hat jetzt einen Beschluß gefaßt, in dem er auf den Erlaß des Ministers verweist und erklärt, daß die in landwirtschaftlichen Kreisen bestehende Befürchtung einer nicht paritätischen Behandlung der öffentlich rechtlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft und des Handels seitens der staatlichen Aufsichtsbehörden beseitigt sei. Von der Berechtigung, dem Bund der Landwirte beizutreten, Gebrauch zu machen, werde seitens des Vorstandes der Landwirtschaftskammer wie bisher auch für die Folge nicht beabsichtigt. Der Vorstand halte es im Gegenteil nach wie vor nicht für angemessen, daß öffentlich rechtliche, mit dem Recht der Trägererhebung ausgestattete Berufsvertretungen Zuwendungen an private Vereinigungen der gedachten Art machen. Damit hat der Vorstand der Landwirtschaftskammer nicht nur gegen den Hanjabund, sondern auch gegen den Minister Stellung genommen.

### Das Dienstzeugnis.

In ihrem Wochenrückblick vom 3. Juni führt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aus, von welchem Standort aus man die Arbeiten des Reichstags im verflochtenen Tagungsabchnitt auch betrachten möge, wie man sich auch stellen möge zu den Ergebnissen dieser Arbeiten, immer werde der Eindruck haften bleiben, daß in anstrengender Tätigkeit bedeutsame gesetzgeberische Leistungen vollbracht worden seien. Der Pessimismus, der noch während der Osterpause dem Reichstage hoffnungslos Schaffensmüdigkeit nachgelagert und jede Aussicht auf das Zustandekommen der wichtigen zur Erörterung stehenden Gesetze verneint habe, müsse bekennen, daß er „vorübergehende Hemmungen“ überschätzt und den vorhandenen Willen zur Tat nicht nach Gebühr gewürdigt habe. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ registriert dann die Reichstagsarbeiten in der letzten Sessionsperiode und fährt fort:

„Das Gesamtergebnis der Tagung ist somit ein berechtigtes Zeugnis für die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit dieses Reichstages, dessen vorzeitige Auflösung während der letzten zwei Jahre vielfach gefordert wurde. Ein Beweisgrund zugunsten dieser Forderung ist aus den positiven Leistungen des Reichstags nicht herzuleiten. Selbst in solchen Blättern, die an den von der Regierung eingebrachten Entwürfen oder an der endgültigen Gestalt der Gesetze Kritik übten, wird beim Vergleich der parlamentarischen Lage vom Herbst 1909 mit der heutigen Situation anerkannt, daß der Reichskanzler mit seiner Hoffnung, der Zwang zum Schaffen werde sich über alle Parteiwirren hinweg geltend machen, recht behalten habe.“

Wie die Massen des arbeitenden Volkes über das Ergebnis der Reichstagsarbeiten denken, wird sich bei den Wahlen, am Tage der Abrechnung und des Gerichts, zeigen.

### Splendid.

Der bekannte Kohlen-Magnat Geheimrat Rirdorf ist starrer Ostmärker, er ist auch eines der einflußreichsten Mitglieder im Gesamtauschuß des Ostmarkenvereins. An der Tagung der Ostmärker in Posen war er verhindert teilzunehmen, er hält es deshalb für angebracht, schriftlich noch nachträglich sein Einverständnis mit dem Schreiben der Haktisten zu erklären. Das wäre an sich natürlich höchst gleichgültig, interessant wird die Kundgebung des Geheimrats Rirdorf aber dadurch, daß er in seinem Schreiben ausführt:

„Nachdem die Regierung diese Bahn überall da verläßt, wo das Deutschtum am gefährdeten erscheint, ist es doppelt nötig, daß alle echt deutsch Empfindenden sich zusammenschließen und den Verein zum aufgezogenen Kampf nach Kräften stärken. Ich überweise Ihnen anbei einen Beitrag von 1000 Mk., hoffend, daß dies Beispiel Nachahmung finde.“

Diese Opferwilligkeit setzt in Erstaunen. Herr Rirdorf, der Besitzer ungezählter Millionen, opfert zum Kampf gegen die Haltung der Regierung einen „braunen Lappen“. Wenn die anderen Ostmärker in dem gleichen Maße nach ihren Vermögensverhältnissen opferwillig sind, dann dürfte der Ostmarkenverein eine reiche Sammlung von Nickel- und Kupfermünzen zusammenbekommen. Damit kann man zwar keinen Kampf führen, aber zu einem haktistischen Bierabend könnte es allenfalls reichen.

### Frankreich.

Die Luftschiffahrt im Dienste des Militarismus. Die Liga für Luftschiffahrt ersuchte den französischen Senat, für Errichtung von Flugstationen an der Grenze 10 Millionen Franken zu be-

willigen. Die Senatsgruppe für Flugtechnik beschloß, das Gesuch zu befürworten. — Selbstverständlich handelt es sich bei diesen Grenzstationen darum, die Möglichkeit zu schaffen, im Kriegsfalle sofort Erkundigungsflüge zu machen, unter günstigen Umständen auch Überfälle auszuführen. Daß dafür die Kleinigkeit von zehn Millionen verlangt wird, läßt erkennen, daß der Luftmilitarismus gleich in großem Stil organisiert werden soll.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 6. Juni.

**Achtung, Tapezierer!** Die Tapezierer Lübeck befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Auslande. Zuzug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

**Achtung, Maler!** über die Werkstellen Gargus Dirks u. Meier, Westphal und Graba in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Der Sozialdemokratische Verein hält heute abend im „Gewerkschaftshaus“ seine Mitglieder-Versammlung ab. Wir machen darauf nochmals aufmerksam.

Das diesjährige Pfingstfest war vom Wetter außerordentlich begünstigt. Warmer Sonnenschein lachte vom wolkenlosen Himmel auf grüne Ähren, Felder und Wälder und lockte Tausende aus ihren engen Behausungen hinaus ins Freie. Die Dampfer, Straßenbahnen und Eisenbahnen konnten den Reiseverkehr nach Schwartau, Israelsdorf, Travemünde und den anderen Ausflugsorten kaum bewältigen. In den Straßen der Stadt herrschte namentlich in den Nachmittagsstunden eine so friedliche Stille, wie man sie sonst hier nicht gewohnt ist. Das Stadttheater war an beiden Festtagen nur sehr mäßig besucht und auch die Aufführung des Lustspiels „Jugendfreunde“ durch ein tüchtiges Hamburger Ensemble im Gewerkschaftshaus fand den Zuspruch, den sie verdient hätte. Im übrigen war das Gewerkschaftshaus und sein prächtiger Garten das Ziel zahlreicher Einheimischer und Fremder während der Pfingsttage.

Saatensland im lübeckischen Staate Anfang des Monats Juni 1911. Nach den Meldungen der ehrenamtlich tätigen Berichterstatter der 16 Saatenlandsberichtsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang Juni folgende Saatenstandsnoten berechnet (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering): für Winterweizen Nr. 2,1 (Mitte Mai 2,1), für Winterroggen Nr. 2,4 (Nr. 2,4), für Sommergerste Nr. 2,5 (Nr. 2,5), für Hafer Nr. 2,5 (Nr. 2,6), für Kartoffeln Nr. 2,9 (Nr. 2,9), für Klees Nr. 3,0 (Nr. 2,4), für Wiesen Nr. 2,8 (Nr. 2,4), für andere Wiesen Nr. 2,3 (Nr. 2,2). Die seit einer Woche herrschenden starken Ostwinde beeinträchtigen die Roggenblüte und entziehen dem Boden alle Feuchtigkeit. Schwere Gewitterregen um die Mitte des Monats Mai haben stellenweise Lagerungen des Winterroggens verursacht. Die seitdem eingetretene Trockenperiode ist der Entwicklung der Sommerernte sehr nachteilig; spät gepflanzte Kartoffeln sind teilweise noch gar nicht oder nur lückenhaft aufgelaufen. Besonders leiden unter der Dürre die Kleefelder, die außerdem stark durch Mäuse heimgegriffen sind, und die Wiesen und Weiden. Ergiebige Niederschläge sind daher dringend zu wünschen.

Zur Eröffnung des Deutschen Esperantokongresses in Lübeck schreibt uns Herr Sergius Wiedemann. Gester wurde der VI. Deutsche Esperantokongress in Lübeck eröffnet, der zugleich der Bundestag des Deutschen Esperanto-Bundes ist. In der kurzen Zeit seines Bestehens kann der Deutsche Esperantobund, der im Mai 1906 in Braunschweig unter dem Namen Deutsche Esperanto-Gesellschaft gegründet wurde, auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Man muß bedenken, daß das ganze weite Gebiet der Esperantobewegung noch in der Entwicklung begriffen ist und daß noch keine fertige Arbeitsmethoden vorhanden sind. Die Aufgaben der deutschen Esperantokongresse ist es gerade, diese Arbeitsmethoden zu schaffen und von Jahr zu Jahr der Bewegung immer neue und höhere Ziele zu setzen. Die kulturelle Bedeutung des Esperanto als internationales Verständigungsmittel ist in Deutschland lange nicht begriffen worden, denn diejenigen, die der Bewegung fernstanden, bildeten sich ihre Eindrücke über Esperanto unter dem Einflusse von Vorurteilen, die entweder in der nur ganz oberflächlichen Kenntnis der Sachlage wurzelten oder in der Verständnislosigkeit einem Gedanken gegenüber, dessen Zukunft noch nicht gesichert war, der vielmehr zur Hälfte dem Reiche der Utopie angehörte. So hatte die Esperanto-Bewegung dieselben Aufgaben einer stürmischen geschichtlichen Entwicklung zu überwinden, die sich an den Lauf aller großen Ideen heftet, und wird noch manchen Kampf zu bestehen haben, um in den Lichtkreis der allgemeinen Überzeugung treten zu können. Aber die Esperantobewegung wird die Bedeutung erlangen, die sie infolge ihrer kulturellen Werte zu erlangen berechtigt ist. Wenn sich der Deutsche Esperanto-Bund die Aufgabe gestellt hat, Esperanto auf allen Lebensgebieten in Deutschland zu verbreiten, so verrichtet er ein Stück Kulturarbeit, denn Kulturpioniere sind diejenigen, die eine neue lebensfähige Idee in der Welt verbreiten, die dem Gemeinwohl der Menschheit dient, und der Gesamtkultur förderlich ist. Und was könnte der Internationalität der Kultur förderlicher sein, als die Internationalität der Sprache? Der Deutsche Esperanto-Bund umfaßt etwa 200 deutsche Esperanto-Vereine und Gesellschaften, die unter sich wieder in 6 Bundesverbände zusammengeschlossen sind; den Sächsisch-Thüringischen, Ostdeutschen, Sächsischen, Südwestdeutschen, Bayrischen, Rheinischen, Nordwestdeutschen und Nordalbingischen Esperantoverband. Die Organisation des Bundes gestattet trotz zentralistischer Gestaltung Selbstverwaltung bis in die kleinsten Kreise. Die Führerschaft des Bundes liegt in den Händen des Vorstandes und eines aus 24 Mitgliedern bestehenden Beirates. Jedes einzelne Beiratsmitglied ist Leiter eines bestimmten Ressorts. Die wichtigsten äußeren Ressorts sind die für Ausstellungen und Kongresse, juristische Angelegenheiten, Verkehr mit der Jugend, Verkehr mit Schulbehörden, Bekämpfung gegnerischer Bestrebungen und Verkehr mit anderen Organisationen, Presse, Unterrichtsangelegenheiten, Propaganda in Ärzte und Apothekerkreisen, Handel- und Industrieangelegenheiten, Propaganda in Beamtenkreisen, in Versicherungskreisen, in der Frauenwelt usw.; die hauptsächlich inneren Ressorts sind für die Finanzen, Wahlen, Wörterbuch und sprachliche Fragen, Examenangelegenheiten, Personalien, Statistik usw. Nur eine derartige wohlgeordnete Organisation, wie sie der Deutsche Esperantobund in den fünf Jahren seines Bestehens aus sich heraus gearbeitet hat, kann die festen Garantien für eine systematische und erfolgreiche Verbreitung in Deutschland geben. Aus den Zielsetzungen des Deutschen Bundes, wie er der allgemeinen Einführung des Esperanto in Deutschland durch seine Tätigkeit den Weg bereitet, und wie sein Lübecker Kongress eine neue Etappe auf demselben bedeuten wird, kann man auf die Esperantobewegung im allgemeinen schließen. Wenn man nur einigermaßen in die Idee des Esperantismus eindringt, was durch dem Esperanto-Bund so

schicht gemacht ist, wird man sich von den Sperantogedanken in seiner ganzen weltumfassenden Bedeutung leicht überzeugen lassen können.

**Neue Titel** haben mit vieler Mühe die Senate der freien Städte erfunden, um einem tiefgefühlten Bedürfnisse verschiedener Beamten abzuhelfen. Ähnlich wird nämlich bekannt gemacht: Im Einvernehmen mit den Senaten von Bremen und Hamburg hat der Senat den Räten der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte die Amtsbezeichnung „Landesrat“ und dem Kassier der Anstalt die Amtsbezeichnung „Landeskassier“ beigelegt.

**Arbeiterriß**. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Donnerstag in der Blechballagenfabrik von Gwers u. Co. Der dort mit dem Tragen von Dosen beschäftigten Frau Volz wurde die linke Hand völlig abgestanzt. Das Unglück ereignete sich, obwohl an der Maschine, die sonst nicht von Frauen bedient zu werden pflegt, Schutzvorrichtungen vorhanden sein sollten.

**Unglücksfall**. Am 3. Juni mittags 1 Uhr schoß sich der Arbeiter Albert Hein Rosenstraße 14/1 den Zeigefinger der rechten Hand ab und verletzte sich den Daumen schwer. Sein 10jähriger Sohn wurde leichter verletzt. Das Unglück passierte dadurch, daß Hein eine Plakpatrone mittels eines Beiles zur Entzündung brachte.

**Lübecker Bürger** wurden im Mai 50 Personen. Von 35 Personen wurde im gleichen Monat die lübeckische Staatsangehörigkeit erworben. Eine Person wurde aus dem lübeckischen Staatsverbande entlassen.

**ph. Entwendete Uhr**. Aus einem Arbeitsraume der Gasanstalt II ist einem dort beschäftigten Arbeiter eine Fahrraduhr aus weißem Metall abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In dem hinteren Deckel ist der Name „Fried. Reß“ eingraviert.

**ph. Steckbriefling**. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Bargfeld, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Schwerin wegen Betruges im Rückfalle Steckbrieflich verfolgt wird.

**ph. Fahrraddiebstahl**. Am Sonnabend, dem 3. d. M., gegen 11 1/2 Uhr vormittags ist vor dem Postgebäude am Markt ein Fahrrad Marke „Schnell“, mit schwarzem Rahmenbau, ebenförmigen Felgen, gebogener Lenkstange, der vom Postamt gelieferten Erkennungsnummer 12861 und der Fahrbreite 142 656 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**ph. Eigentümerversagen**. Ein zugereister Arbeiter, der am 1. Pfingstfesttage in der Fieglstraße bettete, erlitt sich bei dieser Gelegenheit aus einer Kasse ein Stück Speck an. Er wurde festgenommen.

**ph. Erwischter Fahrradmarder**. Ermittelt und festgenommen wurde der Dieb, der vor einer Wirtschaft an der Untertrave ein Fahrrad gestohlen hat, in der Person eines Arbeiters aus Fackenburg. Ein zweiter Arbeiter, der der Untertrave und der Weichlöcher zudiebstahl dringend verdächtig ist, wurde ebenfalls festgenommen.

**Stadthallentheater**. Man schreibt uns: Die Festtags-Vorstellungen, die so äußerst beifällig aufgenommen wurden, werden diese Woche nochmals wiederholt und zwar am Mittwoch das Lustspiel „Komtesse Guckerl“ und Donnerstag der originale Schwank „Der Doppelmann“. Ferns „Hedda Gabler“ geht sorgfältig vorbereitet am Freitag in Szene mit Frau Wanda Wilden vom Stadttheater in Halle als „Hedda“. Dem Auftreten der jungen Künstlerin wird von vielen Seiten großes Interesse entgegengebracht. Die Vorbestellungen laufen zahlreich ein und erscheint es daher geboten, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen.

**Hamburg**. „Pariseau VI“ in Hamburg. Ganz überraschend ist am Freitagvormittag vormittags das lange vergeblich erwartete Lustspiel „Pariseau VI“ in Hamburg eingetroffen. Das Lustspiel landete auf dem Flugplatz des Panja-Luftverkehrs in Ohlsdorf nach einer nicht ganz leichten, aber glücklichen achtstündigen Fahrt, die in der ersten Morgenstunde des Pfingstsonntags in Bitterfeld aufgetreten worden war. Am Sonnabend abend bestand fast keine Hoffnung, daß der Flug gewagt werden könnte. Erst als sich der Wind um die Mitternachtsstunde beinahe ganz gelegt hatte, beschloß Oberleutnant Stellung, die Fahrt zu unternehmen. „Pariseau VI“ war Sonnabend 12 Uhr 40 Min. nachts mit acht Personen einschließlich Oberleutnant Stellung von Bitterfeld nach Hamburg abgefahren.

**Hamburg**. Zum Kampf in Hamburger Holzgewerbe. Vor gut 8 Tagen war in den Kreisen der Unternehmer eine begeisterte Kampfesstimmung vorhanden, und Herr Gurllit glaubte schon projektieren zu können: „Der Holzarbeiterverband ist am Ende seines Latens angekommen.“ Und der Grund hierfür? Auf die in ganz Deutschland erschienenen Inserate der Unternehmer hatten sich hunderte und aberhunderte von Arbeitskräften gemeldet, und die Arbeitgeber haben diese ganzen Meldungen als bare Münze genommen. In Wirklichkeit lag es aber so, daß hunderte von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes auf die Inserate Offerten eingereicht hatten, um die Unternehmer an der Nase herumzuführen. Als Beweis dafür mag dienen, daß innerhalb 7 Tagen bei der Streikleitung des Holzarbeiterverbandes nicht weniger als 117 Briefe der Unternehmer, gerichtet an vermeintliche Arbeitswillige, übersandt wurden, während nur eine ganz geringe Zahl Streikbrecher auf die Inserate nach Hamburg kamen, die dann auch noch zum größten Teil wieder abgeschoben werden konnten. Wenn die Kollegen der einzelnen Orte es ohne Zweifel auf gemeint haben, um die Schliche der Unternehmer aufzudecken, so richtet die Streikleitung nun die Bitte an die Verbandsmitglieder, solche „Bewerbungen“ nicht mehr einzureichen. Im Lager der Unternehmer ist die Stimmung — weil die hunderte von erwarteten Streikbrechern ausgeblieben sind — nun recht deprimiert, und wird diese noch dadurch erhöht, daß von den bisher vorhandenen Arbeitswilligen in den letzten Tagen über 80 wieder abgeschoben wurden und weitere werden in den nächsten Tagen abgehen. Die notorischen Streikbrecher sind fast sämtlich mit Revolvern versehen und werden von den Unternehmern direkt auf die Streikposten geschickt. Die überfälle mehrten sich demzufolge, Revolverschüsse und Messerfessereien sind an der Tagesordnung, und vor einigen Vorbellen, den Lieblingsvergeltungsarten der „nützlichen Elemente“ ist es in den letzten Nächten zu turbulenten Szenen gekommen, sodaß die Polizei nicht mehr anders konnte, als ganze Scharen der gefährlichen Burschen zu verhaften und ihnen die Schußwaffe abzunehmen, weil — beim Streik nicht beteiligte Leute von den Rowdies bedroht und mißhandelt wurden. Weil die Inserate der Unternehmer nicht genügend Arbeitswillige heranbringen, versucht man es jetzt auf einem anderen Wege. Vom Arbeitgeberverband ist eine gelbe Organisation ins Leben gerufen, unter dem Namen: „Holzarbeiterverband Hamburg 1911“. Vor gut einer Woche gab Herr Gurllit in einer Unternehmer-Versammlung bekannt, daß dieser Verband „bereits 62 Mitglieder zählt.“ Jetzt erscheinen Inserate in anderen Städten, worin es heißt:

Tischler, Maschinenarbeiter nach Hamburg gesucht. Holzarbeiterverband Hamburg. Verast. 26. II.

Man erweckt hier den Anschein, als ob der Deutsche Holzarbeiterverband für Hamburg Arbeitskräfte sucht. Einige Tischler sind nun wirklich auf dieses Inserat hineingefallen. Es wird darum dringend ersucht, für die nötige Aufklärung zu sorgen.

**Schwe. Todesstürze**. Der frühere Gemeindevorsteher Claus Ehlers in Ebdorf verunglückte tödlich durch einen Sturz vom Heimgang. — Der Dampfjägereibesitzer F. Hahn in Schenefeld stürzte vom Boden auf die Diele, wobei er das Rückgrat brach und bald darauf starb.

**Schwerin**. Großfeuer. Freitag nachmittags und abend ist ein großer Teil des Dorfes Hanzkow, das zu beiden Seiten der Dorfstraße nach der Mitrower Seite hin gelegene Büdnereiertel, in der Zahl von 11 Büdnereien und einer Reihe von Ställen ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer kam um 5 1/2 Uhr nachmittags in einem dreiflügeligen Strohhofsteden Büdnereihe aus, während die meisten Bewohner der Büdnereien noch auf dem Felde mit Kartoffelarbeiten beschäftigt waren. Bei dem lebhaften Ostwind, der das Feuer zu den nahe beieinander gelegenen, mit nur einer Ausnahme sämtlich strohgedeckten Häusern hintrieb, gelang es erst gegen 9 1/2 Uhr das Feuer einzudämmen. Außer dem von den Büdnern Wöstenberg, Bathel, Wolf bewohnten Hause, in welchem das Feuer aus unbekannter Ursache ausbrach, sind niedergebrannt die Büdnereien von Hannemann, Hyde, Student, Burmeister, Zierke, Karl Student, Dremes, Heinrich Lembcke. Es sind also sämtliche Büdnereien bis zur Gastwirtschaft Frank abgebrannt. Brandwunden hat ein junges Mädchen im Gesicht erlitten. In der Büdnerei von Wöstenberg sind 3 Kühe mitverbrannt, ferner auf andern Stellen mehrere Schweine und Hühner. 2 Schweine mußten wegen schwerer Brandwunden erschossen werden. Die Gebäude waren sämtlich versichert. Von Acker- und Hausgerät sowie den Mobilien ist an einigen Stellen fast nichts gerettet worden.

**Bremen**. Das Endergebnis der Volkszählung. Nach dem endgültigen Ergebnis der letzten Volkszählung hatte die Stadt Bremen am 1. Dezember 1910 eine Wohnbevölkerung von 119 762 männlichen, 125 113 weiblichen, zusammen 244 875 Einwohner (1905: 211 931). Im Landgebiet rechts der Weser wurden 15 517 (1905: 13 187), links der Weser 8151 (1905: 7262) Einwohner gezählt. Die Gesamtzahl ergab 4259 (1905: 4183), Bremerhaven 22 923 (1905: 22 920) Einwohner, so daß im gesamten Staatsgebiet eine Einwohnerzahl von 295 715 gegen 259 433 im Jahre 1905, also eine Zunahme um 36 282 Personen festgestellt worden ist.

**Oldenburg**. Die Oldenburger Steuerreform gescheitert. Die vom oldenburgischen Landtag in langwierigen Verhandlungen festgestellte Novelle zu dem oldenburgischen Einkommen- und Vermögenssteuergesetz wird von der Regierung nicht sanktioniert werden, weil die Regierung mit einzelnen vom Landtage vorgenommenen Änderungen der Vorlage nicht einverstanden ist.

### Theater und Musik.

**Im Stadthallen-Theater** gelangte am Sonntag erstmalig ein neuer Schwank von Jakob und Lippich unter dem Titel „Der Doppelmann“ zur Aufführung. Von einem Schwank verlangt man in erster Linie, daß er lustig ist, und der „Doppelmann“ amüsiert das Publikum. Es wurde herzlich gelacht, besonders über die famose humorvolle Figur, die Herr Seidler als Abgeordneter Emanuel Witterdorf schuf, der als Feind aller Unsitlichkeit plötzlich durch Erbschaft in den Besitz eines der berühmtesten Liebesfrosen „Ball“-Lokale der Hauptstadt gelangt. Das flotte Zusammenspiel, an dem alle Mitwirkenden gleichermaßen verdienstlich beteiligt waren, verhalf dem Stück zu einem lebhaften Beiterkeitserfolg.

Am zweiten Feiertage erlebte das bekannte Lustspiel „Komtesse Guckerl“ von Schönthan und Koppel-Glück seine fröhliche Wiederauferstehung. Um die Hauptrollen waren die Herren Kleinoschegg, Richou und Falk sowie die Damen Bracco und Stettner mit gutem Gelingen bemüht. Nur vermisse man den lebenswichtigen österreichischen Dialekt, der doch in „Komtesse Guckerl“ nicht ganz zu entbehren ist. Auch diese Vorstellung wurde recht beifällig aufgenommen.

**Im Gewerkschaftshaus** brachte am ersten Pfingstabend das Ensemble des Deutschen Theaters in Hamburg unter Leitung des Direktors Fischer das Lustspiel „Jugendfreunde“ von Hulda zur Darstellung. Das Stück ist hier in Lübeck bereits wiederholt gespielt worden und hat mit seinem harmlosen Humor schon manche Stunde den Zuschauern angenehm verkürzt. Die Wiedergabe der „Jugendfreunde“ durch die Hamburger Künstler war sehr respektabel. Sowohl das Ensemble als auch die Einzelleistungen hatten berechtigten Anspruch auf volle Anerkennung. Leider wies der Saal erhebliche Lücken auf. Der Beifall, welcher den Mitwirkenden gezollt wurde, war sehr lebhaft.

### Aus der Partei.

**Das staatsgefährliche Rot**. Zwei Genossen in K o l m a r t. Polen erhielten auf Grund einer Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Bromberg Strafmandate in der Höhe von 9 Mk. Die Polizeiverordnung, gegen die sie gesündigt haben, lautet: „Wer ohne Genehmigung Fahnen und Flaggen in anderen als den preussischen Landes- oder den deutschen Reichs- und Landesfarben öffentlich aushängt, ausstellt oder trägt; ferner, wer Zeichen und sogenannte Freiheitsbäume, welche geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden, öffentlich ausstellt, oder wer Roten, Bänder und Abzeichen in anderen als in den Farben des Landes öffentlich trägt, in welchem er staatsangehörig ist, wird, soweit nicht der § 366 Ziffer 10 St.-G.-B. in Anwendung kommt, mit einer Geldbuße von 30 Mk. oder entsprechender Haft bestraft.“ — Zu einem Vergnügen in einem Gartenlokal hatten die beiden Genossen am Eingange des Gartens über einem Transparent zwei kleine, etwa 1/2 Quadratmeter große Fähnchen angebracht. Die Polizei nahm am dem Tage keinen Anstoß an den Fähnchen, trotzdem sie das Lokal kontrollierte, jetzt, einen Monat später, hat sie entdeckt, daß ein Vergehen gegen jene Polizeiverordnung vorliegt und die beiden Strafgebote ausgestellt. Unsere Genossen werden gerichtliche Entscheidung beantragen.

**Erfolgreiche Parteiarbeit**. Bei einer allgemeinen Hausausgattung in K ö l n wurden 596 neue Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein und 715 neue Leser für die „Rheinische Zeitung“ gewonnen.

**Mit der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl** beschäftigte sich am Freitag eine von über 1000 Genossen besuchte Parteiversammlung in Stuttgart. Nach einer stürmischen Debatte wurde folgende Resolution der Parteileitung mit 620 gegen 415 Stimmen angenommen: „Die Versammlung anerkennt die Geschlossenheit, mit der das organisierte Proletariat der Stadt seinen letzten Wahlkampf geführt hat und begrüßt das ansehnliche Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Die Versammlung erklärt aber, der proletarische Klassenkampf ist und bleibt der unerschütterliche Boden für den Kampf für die Tätigkeit der Parteileitung und der sozialdemokratischen Vertreter au j

allen Posten. Die Versammlung betont daher, daß es die selbstverständliche Pflicht aller Genossen ist, Arbeit und Kampf in freier übereinstimmung mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie zu halten und die Beschlüsse der Parteitage und der Organisation unverbrüchlich zu beachten.“ Die von der Minderheit eingebrachte, jedoch abgelehnte Resolution lautete: „Die Versammlung spricht ihre Bestätigung über den abgeschlossenen Wahlkampf um das Amt des Stuttgarter Stadtvorstehers und dankt dem Kandidaten Dr. Lindemann für seine wirksame Vertretung der kommunalpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie während dieser ganzen Wahlbewegung. Deren Führung entsprach den Absichten und Parteibeschlüssen vom 4. Mai. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß einige auswärtige Parteiblätter infolge von Berichten, die ihnen aus Stuttgarter Parteikreisen zugehen, der Führung des Wahlkampfes durch heftige unsachliche Angriffe Schwierigkeiten bereitet und den Gegnern dadurch Waffen gegen die Stuttgarter Parteileitung geliefert hat. Nachdem die zur Stellungnahme in der Frage der Stadtvorstehermahl berufene Parteiversammlung ihre Entschlüsse mit so erdrückender Mehrheit gefaßt und damit einen der schwierigsten und politisch bedeutungsvollsten Wahlkampf, der je in Stuttgart stattfand, eingeleitet hatte, war es die Pflicht aller Parteigenossen und Parteileitung, diesen Beschluß zu respektieren und alles dazu beizutragen, was einer wirksamen Durchführung dieses Beschlusses förderlich war. Die Versammlung ist billigt daher das Verhalten der Parteigenossen, die jenem Beschluß Schwierigkeiten bereiteten und dadurch den geschlossenen Aufmarsch der Partei in diesem Wahlkampf verhindert haben.“

**Diffidenten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion**. Unser Parteiblatt in Mülhausen (Els.), die „Mülhäuser Volkszeitung“, teilt folgendes mit: Die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags zu der Verfassungsvorlage für Elsaß-Lothringen ist nicht vollständig erfolgt: Bei dem Namensaufruf während der Gesamtabstimmung über die Vorlage antworteten weder mit ja noch mit nein, obwohl sie anwesend waren, die sozialdemokratischen Abgeordneten Albrecht (Kaiser-Wischerleben), Gemmel (Mülhausen i. G.), Geck (Karlruhe-Bruchsal), Kunert (Halle), Ledebour (Berlin 4) und Lehmann (Wiesbaden). Obwohl die Stimmhaltung dieser Abgeordneten in der amtlichen Abstimmungsliste nur mit einem Gedankenstrich, wie bei den Fehlenden, ausgedrückt ist, so war ihre Enthaltung gegenüber der Vorlage. Außer ihnen enthielten sich nach der offiziellen Abstimmungsliste noch 7 bürgerliche Abgeordnete. — Wir können diese Sprengung der Fraktionseinheit in keiner Weise gutheißen. Wo bleibt die Geschlossenheit der Fraktion, wenn man bei schwacher Majorität innerhalb derselben glaubt, aus der Reihe treten zu dürfen.

**Genosse Pablo Iglesias**, der Führer der spanischen Sozialdemokratie, ist, wie aus Madrid gemeldet wird, infolge der Anstrengungen der letzten Zeit ernstlich erkrankt. Er litt schon ziemlich lange an einem Katarrh. Da der temperamentvolle Streiter seine ganze Zeit auf die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe verwandt hat, hat er die Sorge für seine Gesundheit außer acht gelassen. Hoffen wir, daß Genosse Iglesias bald wiederhergestellt werde.

### Kommunales.

**Gegen den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule**. In der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung wurde am Donnerstag einstimmig der Beschluß gefaßt, Abgeordnetenhaus und Herrenhaus zu ersuchen, die geplante Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen abzulehnen. Auch der Magistrat äußerte sich in zustimmendem Sinne zu der Eingabe. Stadtschulrat Dr. Franke meinte, die Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen würde nicht nur der Religion, sondern auch der Fortbildungsschule selbst zum Schaden gereichen.

**Erbbaurecht**. Die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung beschloß am Donnerstag grundsätzlich, städtisches Gelände in Erbbaurecht zu vergeben. Aus den für die Vergabe aufgestellten Bedingungen ist hervorzuheben, daß städtisches Gelände nur zur Errichtung von Ein- oder Zweifamilienhäusern im Erbbaurecht vergeben werden soll. Von dem gesamten Gelände dürfen nur drei Zehntel bebaut werden, mindestens die Hälfte bleibt als Tier- oder Ackerland vorgesehen. Die Vermietung eines auf Grund des Erbbaurechts erbauten Hauses, auch die teilweise Vermietung, bedarf der Zustimmung des Magistrats, die sich auch auf die Höhe des Mietzinses bezieht. Das Erbbaurecht ist auf einen Zeitraum von 60 bis 90 Jahren zu erteilen; die innerhalb der nächsten 30 Jahre erteilten Erbbaurechte sollen alle zum gleichen Zeitpunkt, als beispielsweise am 1. Januar 2002 endigen. Die beim Ablauf des Erbbaurechtes auf oder unter der Oberfläche des Grundstücks vorhandenen Bauwerke fallen der Stadt als Eigentum zu, die die Hälfte des Schätzwertes zu ersetzen hat. Als Erbbauzins sind 4 Prozent des Nutzungswertes zu entrichten. Als Nutzungswert werden drei Viertel des von der Schätzungskommission ermittelten „Veräußerungswertes“ angesehen. Im Falle ungenügender Beleihung eines Gebäudes, das auf einem Erbbaugrundstück errichtet werden soll, können die städtische Sparkasse oder das städtische Pfandbriefamt das Gebäude beleihen. Bei Beleihung von Arbeiterwohnhäusern kann die Stadt die Bürgschaft übernehmen.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Ein „Erschlaffter“**. Wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe in der Dauer von über sieben Tagen und Belägen eines Vorgelegten in zwei Fällen, in einem Falle in Tateinheit mit unrichtiger Abstattung einer dienstlichen Meldung, hatte sich der zwelundzwanzigjährige Leutnant Caspar Spriet vom Grenadierregiment Nr. 101 vor dem Dresdener Kriegsgericht zu verantworten. Nach vor Verlesung der Anklageschrift wurde wegen angeblicher Gefährdung militärischer Interessen die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte wurde zu sieben Wochen Festungshaft verurteilt. Die Untersuchungshaft fand mit drei Wochen Anrechnung. Aus den öffentlich verkündeten Urteilsgründen war zu entnehmen, daß der Angeklagte dem Oberst gegenüber seine Schulden mit 2700 Mk. angab, während sie in Wirklichkeit viel höher waren. Die Frage, ob er noch mehr Schulden habe, hat er ausdrücklich mit Nein beantwortet. Durch falsche Angaben verschaffte sich der Angeklagte Urlaub nach Leipzig, fuhr aber nach Hannover und von dort aus noch weiter und ist so durch sein Verschulden länger als sieben Tage seiner Truppe ferngeblieben.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Am 2. Pfingstmorgen 4 Uhr  
entschied nach längerem Leiden  
in ihrem 27. Lebensjahre meine  
innigst geliebte Frau, meine  
Kinder treu sorgende Mutter, un-  
sere gute Tochter, Schwester und  
Schwägerin  
**Bertha Kähler, geb. Bever.**  
Aufs tiefste betrauert von allen,  
die ihr nahe standen.  
**Adolf Kähler und Familie.**  
Lübeck, Klappenstr. 21, II.  
Beerdigung Donnerstag, Be-  
ginn der Feier 2 1/4 Uhr in der  
Kapelle Borwerth.

Sonnabend morgen entschlief nach  
langjährigem Leiden in Krupp unsere  
liebe Tochter und Schwester  
**Anna Giese**  
im 20. Lebensjahre. Tief betrauert  
von ihren Eltern, Geschwistern und  
allen, die ihr nahe standen.  
**F. Giese und Frau,**  
nebst Kinder.  
Rensfeld, den 3. Juni 1911.

Am Sonnabend, dem 3. Juni  
starb nach schwerem Leiden unsere  
Genossin  
**Dora Höppner**  
im 40. Lebensjahre.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, dem 7. Juni, nachmittags  
2 1/4 Uhr von der Kapelle Borwerth  
Friedhof aus statt.  
Sammelplatz der Genossen um  
2 Uhr mittags im Lokale „Weißer  
Hirs“, Fackelburger Allee.  
Um recht zahlreiche Beteiligung  
bittet  
**Der Vorstand.**  
Für die innige Teilnahme und  
reichen Kranzspenden sowie Herrn  
Walter Meyer für die trostreichen  
Worte bei der Beerdigung unserer  
lieben Mutter **Anna Mohsen,**  
geb. Böhlis sagen wir unsern herz-  
lichen Dank.  
**Die Hinterbliebenen.**  
Für die vielen Gratulationen  
zur Hochzeit danken herzlichst.  
**A. Rahls und Frau,**  
geb. Bruse.  
Zu kaufen gesucht ein Haus im  
Preis bis zu ca. 13.000 Mk. (Hol-  
stentor). Angebote mit Preis unter  
**K O S** an die Expedition d. Bl.

**Arbeiter-Radfahrer-  
Lübeck.**

Zu sofort eine  
**gebilte Hilfsarbeiterin**  
für die Buchbinderei gesucht.  
**Werner & Hörnig,**  
Königsstraße 47.

Gesucht zu sofort ein Mädchen  
oder Knecht am Milchwagen.  
Angebote unter **K M 300 a. d.**  
Exped. d. Bl.

Ein klein. junger Seidenpudel  
aus Teneriffa zu verkaufen.  
Watenismauer 1b, part. rechts.

Gute lange rote u. gelbe gelbkoch.  
**Magnum bonum** 10 Bfd. 40 Pfg.  
empfiehlt **C. Prestin,** Devenau 13.

**Bettfedern u. Daunen**  
konkurrenzlos in Ware und Preis.  
Blücherstr. **M. Otto** Blücherstr.  
27.

**Betten** werden daselbst gründ-  
lich gereinigt und  
nachgefüllt.

**Wilhelm Rahfoth,**  
Untertrave 113.

**Weine und Spirituosen**  
in jeder Preislage und in nur  
besten Qualitäten.

**E. Boy,** Königs-  
str. 61. F. 1811.  
Markthallstr. 46.  
Seelachs, Kabeljau, Rotzungen,  
Schellfische, Goldbutt.

**Plakate**  
betr.  
Verordnung des Medizinal-  
amts vom 11. Juli d. Jz.  
bezügl. Feilhalten von Nah-  
rungs- und Genußmitteln  
sind zum Preise von 30 Pfg.  
per Stück zu haben in der  
**Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**  
Johannisstraße 46.

**Eimerbier.**  
Jeden Mittwoch und Freitag  
abends von 5 bis 9 Uhr,  
Donnerstag und Sonnabend  
morgens von 6 bis 9 Uhr.  
**Brauerei E. Nickels,**  
Wahlfstraße 31.

Einem verehrten Publikum und meinen alten Freunden  
und Gönnern hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich die Be-  
wirtschaftung des allbekanntesten, im vorigen Jahre neu erbauten,  
und jetzt vollständig renovierten  
**Restaurants und Ball-Lokals**  
„**Weißer Engel**“,  
**Ratzeburger Allee 29**  
in Vertretung übernommen habe.  
Es wird mein eifriges Bestreben sein, durch aufmerksame  
Bedienung und durch gute Speisen und Getränke das Wohl-  
wollen der mich beehrenden Gäste zu erwerben. Ich bitte um  
geneigten Zuspruch und empfehle mich.  
Sachachtungsvoll  
**Fritz Hildebrand**  
früher „Burgtor-Terrasse“.

**Beerdigungs-Institut Gehr. Müter**  
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.  
Übernahme ganzer Beerdigungen.  
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Peri- u. Blattkränzen.  
Einkleidungen jeder Art. \* Billigste Preise.

**W. Klüssendorf**  
Klempner u. Mechaniker  
Häxstr. 118/118 Lübeck Fernsp. 1159

15.-  
Mk.

Installation von Gas-  
Wasser-, Klosett- und  
Abdichtungen, Haus-  
telefonen und Bild-  
abklern. - Anlage  
von Bierleitungen.

Reparatur-Werkstatt. - Rote Rabattmarken oder 4% in bar.

**Achtung!**  
Lohnender Weg zu den Bureaus des alten Güterbahnhofes in Lübeck.  
**Spottbillig!** Nur kurze Zeit. **Spottbillig!**  
Vom **Mittwoch, 7. Juni**, früh an und folgende Tage daselbst  
**Riesenmassenverkäufe**  
von **Emaillewaren und Haushaltsartikeln.**  
**Kein Kaufzwang!** Zum **Aussuchen!**  
Wegen Fabrikationsänderung kaufte ich von der Firma **Carl Thiel & Söhne** ca. 25.000 Kilogramm  
emaillierte Geschirre. Der ganze Posten soll auf dem alten Güterbahnhof innerhalb von 14 Tagen verkauft  
werden, es befinden sich darunter große Mengen von:  
Kochtöpfen, Waschtöpfen, Waschkesseln, Wasserkesseln, Wassertöpfen, Kaffeekannen, Servier-  
kannen, Tassen, Teller, Becher, Wasserkrüge, Wasserschöpfer, Wassereimer, Milch-  
eimer, Kasserollen, Schöpflöffel, Schaumlöffel, Bratensöffel, Milchtopfe, Milchkoher,  
Milchlöffel, Rahmtöpfe, Gemüseschüsseln, Bratenschüsseln, Durchschläge, Bratpfannen,  
Kuchen-, Torten- und Eierpfannen, Fleischplatten, Wannen, Suppenterrinen,  
Spargelkoher, Seifennäpfe, Spucknapfe, Salzfüßern, Fischkochern, Topfdeckel,  
Leuchtern, Nachtgeschirren usw.  
Es wird besonders noch darauf aufmerksam gemacht, daß nur wirklich gute brauchbare Waren zum  
Verkauf kommen. Dem Publikum wird hier eine Gelegenheit geboten, seinen Bedarf an Geschirren auf Jahre  
hinaus zu decken.  
Beste Einkaufsgelegenheit für Händler und Wiederverkäufer. Das Verkaufsort ist geöffnet von  
früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr.  
**E. Böttcher aus Wismar.**

Unsere Abonnenten erhalten ein welt-berühmtes Buch für nur 25 Pfennig  
**Carl Hagenbeck** Von Tieren und Menschen  
pro Woche in Vele-  
rungen erscheinend und  
am die hochinter-  
essanten Ergebnisse und  
Erfahrungen:  
Wir bieten hierdurch  
unsern Lesern den Vorteil,  
dieses wertvolle Werk mit  
134 zum Teil farbigen  
Bildern, das den Stolz  
jeder Bibliothek, einen  
Hauschatz für die ganze  
Familie bildet, das für  
Alt und Jung interessant  
und lehrreich ist, ohne  
Verteuerung in  
**Raten v. wöchentlich**  
**25 Pf. zu beziehen.**  
Hier liegt ein Buch vor,  
wie kein zweites bisher ge-  
schrieben wurde, noch je-  
mals geschrieben werden  
kann, ein Buch, das jeder  
sich anschaffen sollte.  
der hohe Name läßt vor den Augen die fessam anziehendsten  
Bilder ersehen von fernem Erbleiten, deren Jagdgründe die  
Jäger und Jägerin des größten Tiererkenntnis der Welt durchstreifen, dem fast  
sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die  
erstaunlichen Erfolge Hagenbeckscher Zierdresseur, die Löwe, Tiger, Wären und  
andere wilde Tiere in friedlichster Weise zusammenbringen läßt. Carl  
Hagenbecks Aufzeichnungen sind  
**60000** Exemplare  
bereits verkauft  
die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten  
Jahren erschienen ist.  
Carl Hagenbecks Ergebnisse und Erfahrungen sind aber mehr  
als eine Reihe enorm fessamer und unübertrefflich anschaulich ge-  
schriebener Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang  
eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltkammer-  
gründer hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.  
Auch für die reize Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es  
sich besser nicht denken läßt.  
Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu  
herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl  
Hagenbecks Werk keine bloße Unterhaltungsliteratur, es ist ein Bildungse-  
lement ersten Ranges. Ein neuer „Weg“ liegt hier vor uns, seiner  
lehrreichen Form entfaltet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden  
Geschäftsmannes bereichert.  
Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit  
Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern,  
Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu  
bieten, und senden Sie nebenstehenden Bestellzettel an unsere Expedition.  
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

„Ein Volksbuch  
im besten Sinne“  
ist Carl Hagenbecks Werk  
mit Recht genannt worden.  
Es hat den ungeheuren Er-  
folg, den es erzielt, auch  
verdient. Ein Mensch er-  
zählt darin seine Erlebnisse  
u. Erfahrungen, der auf der  
ganzen Erde heimisch ist,  
dessen Interesse sich auf alle  
Arten von Tieren und  
Menschen richtet, der Welt-  
reisender, Tierzüchter und  
Kaufmann in einer Person  
ist. Und er versteht es, seine  
Erlebnisse so interessant u.  
spannend zu schildern, wie  
der beste Roman es kaum  
vermag.

Bestellzettel  
Name und Stand:  
Genaue Adresse:  
An die Buchhandlung **Fr. Meyer & Co**  
Unterzeichneter... bestellt hierdurch  
**Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen**  
Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 Mk.  
nicht einer Einbanddeckel für 75 Pf.  
Zusätzlich ist eine Lieferung angahelien.

Weine, Spirituosen u. Liköre  
in jeder Preislage  
empfehlen  
**J. H. Stooß, Engelsgrube.**

**Achtung!**  
**Bauarbeiter-Verbd.**  
Mitglieder-Versammlung  
am **Mittwoch, 7. Juni**,  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Kartellbericht.  
2. Innere Verbands-Angelegen-  
heiten.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen wünscht  
Der **Verbands-Vorstand.**

**Achtung Maurer!**  
Außerordentliche  
Mitglieder-Versammlung  
der **Maurer-Zentralfranken-**  
kasse Grundstein zur Einigkeit  
am **Mittwoch, 7. Juni**  
abends 8 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Stichwahl zwischen Lübeck und  
Mölln zur Generalversammlung.  
2. Abrechnung vom 1. Quartal.  
Die Versammlung findet vor  
der Verbandsversammlung statt.  
Das Erscheinen sämtlicher Mit-  
glieder ist dringend notwendig.

**Achtung Maler!**  
Mitglieder-Versammlung  
am **Mittwoch, den 7. Juni**  
abends 8 1/2 Uhr  
Tages-Ordnung:  
1. Beitragserhöhung.  
2. Kartellbericht.  
3. Abrechnung vom Stiftungsfest.  
4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.  
Der **Vorstand.**

**Stadthallentheater.**  
Mittwoch, 8 Uhr. 14. Ab.-Vorl.  
Zum letzten Male:  
**Komtesse Guckerl.**  
Lustspiel in 3 Akten.  
Donnerstag: **Der Doppelmeisch.**  
Freitag: **Gastspiel Wanda**  
**Wilden-Vielhaack**  
Henrik Hßen:  
**Hedda Gabler.**

## Der Kampf mit den Trusts.

Aus Newyork wird uns geschrieben:  
Die Diskussion über die bundesobergerichtliche Entscheidung gegen den Petroleumtrust beherrschte noch auf lange hinaus das öffentliche Leben in den Vereinigten Staaten. Nicht als ob dieses mit so fieberhafter Spannung erwartete Urteil, wonach diese großartigste kapitalistische Unternehmung der Welt binnen 6 Monaten aufgehört muß, zu existieren, schwere Erschütterungen im Finanz- und Wirtschaftsleben der Union hervorgerufen hatte, wie der Europäer annehmen sollte. Nichts davon. Nachdem die Spekulanten und die Advokaten der großkapitalistischen Unternehmungen vom späten Abend des 15. bis zum Morgen des 16. Mai heiß bemüht die 25 000 Worte der Entscheidung studiert hatten, zeigte die Börse bei ihrer Eröffnung eine Festigkeit und Kaufkraft, wie sie lange nicht mehr dagewesen, und in den acht Tagen, die seitdem bis zur Niederschrift dieses Berichts verfloßen sind, sind die „Werte“ der Rockefeller'schen Gruppe fast ununterbrochen gestiegen. Der beste Kommentar zu dem Urteil, das mit der formellen „Auflösung“ des Petroleumtrusts doch zugleich die Legitimität der zum schrankenlosen Monopolismus führenden kapitalistischen Entwicklung verkündete, unter eigenmächtiger Umänderung des Gesetzes, das die „freie Konkurrenz“ zu verewigen unternahm und Trusts und Monopole schlankweg und ohne Einschränkung unterwarf. Der Rat der neun Alten in Washington hat den Gesetzgeber jetzt in diesem Punkte „ergänzt“, indem er entschied, daß die Bestimmungen des Sherman-Gesetzes „im Lichte der Vernunft“ verstanden werden müßten. Trusts und Monopole sind künftig nicht mehr als gesetzlich verboten anzusehen, solange die Vernunft der Konkurrenz „vernunftgemäß“ ist. Strafbar sind solche Kapitalanhäufungen nur dann, wenn ihre Urheber zu jenem Zwecke List, Betrug und Gewalt anwenden, wie dies in dem Falle des Petroleumtrusts als erwiesen angenommen wurde.

Aber nicht überall freut man sich des ergangenen „Vernunfturteils“ ebenso wie in den Bureaus der Börsenmakler. Die öffentliche Meinung ist jetzt über die Trusts erst recht aufgebrannt, müssen die „selbständigen Existenzen“ doch erwarten, daß ihre Abschaffung jetzt „im Lichte der Vernunft“ noch rascher und rücksichtsloser erfolgen wird, als es schon der bisherigen, noch nicht gerichtlich sanktionierten Praxis der Trustmagnaten entspricht. Außerdem nimmt jetzt sogar ein Teil der bürgerlichen Presse politischen Anstoß an dem Urteil, womit das Richteramt sich eine so ungeheure Gewalt angemahnt hat. Nimmt es doch das Recht in Anspruch, eigenmächtig die Unterscheidung von „vernunftgemäßen“ und „nicht vernunftgemäßen“ Trusts und Monopolen in das Gesetz hineinzutragen, um dann zu entscheiden, ob man es in dem einzelnen Falle mit der einen oder anderen Klasse monopolistischer Unternehmer zu tun habe. Neu ist an dieser Usurpation der Rechte des Gesetzgebers durch die Justiz allerdings nur, daß jetzt im Kongreß Stimmen des Protestes laut werden, nachdem das Parlament bisher auf die arroganteren Übergriffe der Richter stumm und die sozialistische Presse mit ihrem Einspruch gegen oligarchische Tendenzen des Richterstandes fast allein blieb. Von drei verschiedenen Seiten werden im Bundesssenat Anträge auf Amendierung des Anti-Trust-Gesetzes angekündigt, dahingehend, die „Beschränkung des

freien Handels“ unter allen Umständen für straffällig zu erklären, wie es das Gesetz nach Geist und Buchstaben tatsächlich schon heute will. Ob selbst eine solche ausdrückliche Bekräftigung des durch die jetzige Entscheidung arg durchlöcherter Gesetzes beim Bundesobergericht verfangen würde, ist aber sehr zweifelhaft, da dieses sich den Scherz leisten kann, das Amendement einfach als „verfassungswidrig“ abzutun. Und zu der Kühnheit des von dem sozialistischen Kongreßabgeordneten Berger eingebrachten Antrages, den Gerichten das angemahnte Recht der verfassungsmäßigen Nachprüfung erlassener Gesetze kurzerhand zu nehmen, vermögen selbst die „Radikalen“ auf bürgerlicher Seite sich nicht aufzuschwingen. Würde dann ja auch mit einem Schlage das artige demagogische Spiel der „großen“ Parteien aufhören, das darin besteht, im Bunde, wie in sämtlichen Einzelstaaten nach Herzenslust arbeiterfreundliche Gesetze zu fabrizieren, im Vertrauen darauf, daß die Gerichte ihre Schuldbigkeit tun und diese Gesetze ja doch stets zerknüllt in die Ecke werfen werden, wofür das Schicksal des Arbeiter-Unfallentschädigungsgesetzes im Staate Newyork das jüngste empörende Beispiel geliefert hat. Immerhin hat die Diktator-Entscheidung das Gute, wieder weiteren Kreisen das Unerträgliche der Richter-Herrschaft in der amerikanischen „Demokratie“ zum Bewußtsein zu bringen.

Ferner wird aber jetzt strafrechtliche Verfolgung der Oligarchen verlangt, woran die Regierung trotz der strafrechtlichen Bestimmungen des Sherman-Gesetzes merkwürdigerweise bisher gar nicht gedacht hat, ungeachtet des im Kampf gegen die Trusts so viel zitierten Wortes: „Schuld ist immer persönlich“. Nachdem nun in höchster Instanz entschieden ist, daß der Sonntagsschulgründer und Sonntagsschulprediger Rockefeller und seine Finanzkonjorten die Konkurrenz in der Industrie durch die Geschäftsmethoden der Gaunerei und nackten Gewalt aus dem Felde geschlagen haben, ist es in der Tat nicht einzusehen, wie die Trustherrschaften einem Kriminalprozeß entgehen sollten, wenn dieser auch nur zu dem Zwecke eingeleitet würde, dem obersten Tribunal Gelegenheit zu geben, den kriminalrechtlichen Bestandteil des Sherman-Gesetzes als „nicht vernunftgemäß“ außer Kraft zu setzen. Im Vertrauen hierauf mag es geschehen sein, daß sogar der Bundesssenat am 23. Mai eine Resolution beschloß, worin an den General-Staatsanwalt das Verlangen gestellt wird, die sieben leitenden Männer des Petroleumtrusts mit John David Rockefeller an der Spitze vor den Strafrichter zu stellen.

Die Regierung selber denkt jedenfalls auch jetzt noch nicht daran, das Sherman-Gesetz in seinem strafrechtlichen Teil für einen Gebrauchsgegenstand zu halten. Am 19. Mai „startete“ die Regierung ihren neuesten Anti-Trust-Prozeß, und zwar will sie jetzt dem Bauholztrust aus Leben. In jenem Tage ließ der General-Staatsanwalt dem Newyorker Bundes-Distriktsgericht die Klageschrift gegen die „Cashiers States Retail Lumber Dealers Association“ zugehen, eine Gesellschaft von Bauholzhändlern, die der Regierung zufolge das Trust-Verbot übertritt. Zum ersten Mal schließt sich die Laitsche Administration der Entscheidung des Bundesobergerichts an, indem sie eine „nicht vernunftgemäße“ Beschränkung der Handelsfreiheit durch die Holzbarone behauptet. Von einer kriminalrechtlichen Verfolgung der Monopolisten ist aber auch hierbei keine Rede. Das Großkapital möchte ja auch sonst den Verdacht fassen, Herr Taft wolle ihm ernstlich wehe tun, und dann könnte es um die schönen Trust-

Beiträge zum Wahlfonds geschehen sein, ohne die Mister William Howard Taft im nächsten Jahre nicht wiedergewählt werden kann.

## Die neutralliberalen Gewerksvereine im Jahre 1910.

Fortschritte nach rückwärts, so muß die Kennzeichnung des Jahres 1910 für die Christlich-Demokratischen Gewerksvereine lauten. Der soeben erschienene Jahresbericht, der äußerst dürftig ist, und Vergleiche mit früheren Jahren peinlich vermeidet, ist nur unter dem Gesichtspunkt wichtig, daß er die Kennzeichen der Entwicklung der Gewerksvereine nicht bringt. Das Zentralorgan der Christlich-Demokratischen Gewerksvereine, vermeidet jeden Vergleich der Einnahmen, Ausgaben und im besonderen der Mitgliederziffern mit früheren Jahren. Wir bringen, um diesen Mangel zu beseitigen, in der Hoffnung, den Dank der Gewerksvereinsleitung extra noch einzubringen, die fehlende Zusammenstellung. In der nachfolgenden Tabelle ist die Mitglieder-Entwicklung der Gewerksvereine derjenigen der freien Gewerkschaften und der christlichen Organisationen gegenübergestellt. Bei den beiden zuletzt genannten ist für 1910 nur die provisorische Zahl eingesetzt, daselbe trifft auch für das erste Vierteljahr 1911 zu.

Jahr	freie	christliche	Christlich-Demokratische
1903	887 699	91 440	110 215
1904	1 052 103	107 556	118 889
1905	1 344 803	189 106	117 097
1906	1 689 709	247 116	118 508
1907	1 965 506	284 649	108 889
1908	1 931 731	269 767	105 833
1909	1 892 477	250 061	108 028
1910	ca. 2 000 000	ca. 310 000	122 571
1911 I. Quartal	ca. 2 030 000	ca. 315 000	104 000

Für Ende 1910 ergibt sich bei den Christlich-Demokratischen Gewerksvereinen ein beachtlicher Fortschritt, er wurde allerdings nur dadurch erreicht, daß der Württembergische Eisenbahnerverband mit der etwas verdächtig allgemein gehaltenen Mitgliederzahl von 8000 ins Christlich-Demokratische Lager überlieferte. Dafür sind jetzt 18 585 Mitglieder, die sämtlich dem Verein der Kaufleute angehören, aus dem gewerkschaftlichen Gesamtverbande ausgeschieden. Man sieht, die Mitgliederziffer wird zumeist nur durch gemeinsame Ein- und Austritte von ganzen Organisationen verändert.

Hält man gegeneinander, daß die freien Gewerkschaften von 1904 bis 1910 rund eine Million neue Mitglieder erworben, die christlichen Organisationen ihre Reihen um 215 000 Köpfe vergrößerten, so muß die Christlich-Demokratische „Entwicklung“ von 119 000 Mitgliedern auf 104 000, gelinde gesagt, als völlige Stagnation angesehen werden!

Die einzelnen Gewerksvereinsorganisationen schneiden ebenfalls recht kläglich ab. Einmal muß dabei beachtet werden, daß rund ein Duzend dieser sogenannten Gewerkschaften noch nicht 1000 Mitglieder zählt, die Hälfte davon noch nicht einmal 100!! Von den großen Gewerksvereinen verzeichneten für 1910 eine Zunahme: Maschinenbau- und Metallarbeiter, Fabrik und Handarbeiter, Textilarbeiter, Bergarbeiter, Tabakarbeiter, Breslauer Eisenbahner, Lösser und Brauer. Eine Abnahme der Mitgliederziffern ist zu registrieren bei den Holzarbeitern, Schuhmachern und Lederarbeitern, Gemeinbearbeitern, graphischen Arbeitern und Malern.

Der schon genannte „Gewerksverein“ sagt zu diesem geradezu jämmerhaften Resultat der Organisationsarbeit in

## Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(72. Fortsetzung.)

Der Kommissär, ein ergrauter Mann, empfing ihn ernst, maß ihn mit prüfendem Blick und fragte sodann: „Wissen Sie, warum Sie bei mir sind?“

„Ich kann es mir denken“, erwiderte Anton.

„Nun, so sagen Sie es mir aus Ihrem eigenen Munde, ich will wissen, wie Sie selbst Ihre Lage beurteilen.“

Anton wurde durch diese Aufforderung trotz seines redlichsten Willens, wahr zu sein, doch in tödliche Verlegenheit gesetzt, ob er die Gründe angeben solle und dürfe, die ihn zunächst nach Paris gezogen. Mußte er dann nicht eingestehen, daß er sich Adels wegen mit einem falschen Paß hierher gelangt? Und stand nicht zu besorgen, daß er durch alle hierher gehörigen Befehlsbefehle Schwester Antonina und deren heiligen Ruf verleihe? Nach langem Besinnen hub er an: „Sie haben mich festnehmen lassen, weil Sie wissen, daß ich es bin, der, eines Flüchtlings Reisepaß benützend, mich in dieses Land, in diese Stadt eingeschlichen; weil Sie wissen, daß ich hier einen Winter lang in schlechter, wenn auch prunvoller Umgebung verlebte; daß ich jetzt, durch mildbätige Seelen vom Tode errettet, ohne Aussicht, planlos ins Blaue hinein vegetiere; weil Sie einen Dagabunden meiner Gattung nicht dulden wollen; weil Sie für nötig finden, mich ins Gefängnis zu werfen.“

Was der junge Mann für stolze Pläne hegt! — Wir meinen noch nicht gänzlich hergestellt von schwarzen Fieberträumen! Nein, mein Kind, so schlimm steht es nicht. Wohl ist mir bekannt, — und ich wäre ein schlechter Beamter auf meinem Plage, wenn ich davon keine Kenntnis hätte, — daß Sie nicht derselbe Antoine sind, auf dessen längst abgelaufenen Ausweis Sie durch die Barrieren drangen. Ebenfalls wie Sie ein gewisser Baron mit unmöglichem Namen sind, der allerdings auf einem schwarzen Register steht, und der zur guten Stunde sich entbaroniserte, um wieder ein schlichter Antoine zu werden. Auch haben wir unsere Augen — denn ich zähle vielerlei Augen im Dienste — auf Ihnen, seitdem Sie bei dem alten, kinderlosen Paare einzogen. Das sind die beiden ehrlichsten armen Menschenhäute in ganz Paris, die keine verdächtigen Subjekte beherbergen würden. Ich weiß, woran wir sind mit „Anton Hahn aus Liebenau“. He? Dennoch wäre es Ihnen am Ende schlecht bekommen, mit Teufels Gewalt ein Antoine bleiben zu wollen, wenn nicht höheren Ortes Einsprüche für Sie erhoben worden wäre. Ihrem Bestande

will ich überlassen, darüber nachzusinnen, wie, durch wen, auf welche Weise dieselbe laut geworden sein mag! Uns genügt, daß wir sie vernommen. Was ich Ihnen jetzt amtlich zu berichten habe, ist folgendes: Wir können Herrn Anton Hahn, der übrigens von einem Franzosen prononziert nicht anders klingt als Antoine, in Paris nicht gebrauchen. Wir stellen ihn seiner Embassy zur Verfügung. Diese ist bereits von allem in Kenntnis gesetzt, was ihr zu wissen dienlich, und handelt mit meinem Chef in Abereinstimmung. Zum Sekretär Ihres Gesandten haben Sie sich morgen früh zu begeben, ihm dies versiegelte Schreiben zu überreichen, und von ihm werden Sie das Weitere vernehmen.“

„Aber wenn er mich wieder nach meiner Heimat zurückweist?“

„Nun, was verlangen Sie mehr? On pent-on être mieux, qu'au sein de sa famille?“

„Ach Herr Kommissär, ich habe keine Familie und keine Heimat.“

„Nemer Junge! Nur Mut; gehen Sie dreist, wohin die Adresse dieses Briefes Sie weist. Er kommt von einer mächtigen Hand. Nieß darf ich Ihnen jedoch nicht sagen. Vielleicht schafft er Ihnen Erlaubnis, den Weg einzuschlagen, auf welchem Sie eine Heimat finden können.“

„Sie sind unterrichtet, mein gütiger Herr? Sie sind —“

„Ich bin . . . von der Polizei. Damit basta. Und dies Schreiben ist . . . o junger Freund, Sie taten sehr wohl, die Protektion frommer Schwestern bei frommen Personen zu gewinnen. Ohne diese möchte ich für nichts stehen. Jetzt Finger auf den Mund, — und glückliche Reise!“

Anton konnte nicht sofort in sein Kämmerchen heimkehren. Er fühlte das Bedürfnis, erst noch in freier Luft zu atmen und zu dem blauen Raume empor zu schauen, wohin wir arme Sterbliche unser feuchtes Auge richten, wenn wir in Schmerz oder in Freude des Ewigen bedürfen.

Das kostbare Schreiben ruhte auf seiner Brust: sein Herz schlug mächtig dagegen.

„Ich werde reisen dürfen! Ich werde Italien sehen! Ich werde jene Frau finden, die mir Kunde geben kann von meiner Mutter Tod, von meines Vaters Leben, — vielleicht von seiner Reue, seiner Liebe . . . und abermals Wele!“

Die alten Wirtsleute erwarteten ihn beim matten Lämpchen in Seelenangst mit rührender Teilnahme. Weinend umhalste er beide: „Ich bin gerettet! Ich bin frei! Alles ist gut!“

Und sie falteten ihre welken Hände und dankten dem lieben Gott.

Beim Gesandtschaftssekretär sollte Anton, wie er sich am anderen Morgen zu ihm begab, nicht vorgelesen werden. Der Diener betrachtete verächtlich die abgenutzte Kleidung des zu Meldenden und sagte:

„Sie müssen während „unserer“ Amtsstunden wiederkommen; auf seinem Zimmer empfängt der gnädige Herr keine Geschäftsbesuche.“ („Vorzüglich keine Landsleute, die aussehen, als ob sie betteln wollten.“ hätte er müssen hinzusetzen.)

Anton zeigte sein Schreiben vor und entschuldigte das frühe Eindringen durch die ihm zuteil gewordene Weisung des Polizeibeamten.

Der Diener riß ihm den Brief aus der Hand, trug ihn mürrisch hinein, — Anton blieb im Vorzimmer, und während der einen Minute, wo er allein blieb, zogen finstere Wolken über die Sonne seiner Hoffnung. „Wenn“, seufzte er, „der Beamte mich getauscht hätte? Wenn . . .“

„Bitte nur einzutreten!“ Und der Diener öffnete die Pforten der Gnade mit höflicher Verbeugung.

Ein junger, feiner Herr im Morgenkleide trat Anton freundlich entgegen, das bewußte Schreiben hielt er geöffnet in der einen, in der anderen Hand verschiedene andere Papiere, auf welche er, während er sprach, abwechselnd blickte.

„Sie sind Anton Hahn aus dem Dorfe Liebenau bei \* im \*\*\*? Sie haben Ihre Reisepapiere verloren? Sie wollen einen neuen Paß haben? Aber Sie müssen, bevor Sie in unser Vaterland zurückkehren, zur notwendigen Herstellung Ihrer Gesundheit, wie dieses ärztliche Attest besagt, durchaus einige Zeit in milderen Klimaten verleben. Es ist Ihnen, der Aufenthalt in Nizza oder Bifa verordnet. Es ist Ihnen der Aufenthalt in Nizza oder Bifa verordnet. Seine Erzellenz hat mich beauftragt, Ihre Angelegenheit nach Ihren Wünschen und Bedürfnissen zu ordnen. Ihr Paß ist ausgestellt; der lautet über Turin und Bifa nach Paule. Erzellenz meinte, es würde Ihnen lieb sein, an keinen Zeitraum gebunden zu werden. Deshalb habe ich hier gesagt, gültig auf die Dauer der Reise; so haben Sie unterwegs keine Quälereien zu fürchten. Nun tragen Sie Sorge für die nötigen Bisen und reisen Sie glücklich.“

Anton hütete sich wohl, den einzelnen Unrichtigkeiten in des Herrn Sekretärs Vortrage zu widersprechen oder über andere, ihn in Erstaunen setzende Punkte desselben dies Erstaunen an den Tag zu legen. Er nahm das ihm vom

einer Periode, die die günstigsten Umstände für sich hatte: Mit freudiger Genugtuung können wir auf das Jahr 1910 zurückblicken, und die erzielten Ergebnisse (1) werden uns ein Ansporn sein zu weiterer energischer Agitationsarbeit für unsere gute Sache. Eine so gute Sache, die in einem ganzen Jahrzehnt nicht geheißen wollte, als rings herum die Arbeiterbewegung blühte.

Wie sieht es nun mit den Finanzen der Dirsch-Dunderschen Gewerkvereine aus. 28 Millionen Mark Einnahme, 25 Millionen Mark Ausgabe, das ist das Fazit der Gewerkvereine für 1910. Nun muß aber beachtet werden, daß bei den Einnahmen auch die Beträge für die Kranken- und Begräbniskassen fließen. Es sind beides Einrichtungen, die nach den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes organisiert sind, also mit gewerkschaftlichen Mitteln gar nichts mehr zu tun haben. Welcher Anteil der Einnahmen diese Unterstützungseinrichtungen für sich beanspruchen, läßt die Gewerkschaftsrechnung nicht erkennen! Vielleicht gibt aber das einen Anhalt, daß vom Gesamtvermögen der Gewerkvereine — Ende 1910 4,7 Millionen Mark — 2,7 Millionen den Kranken- und Begräbniskassen gehören. Gewerkschaftliche Kampfgelder stehen den Gewerkvereinen nur rund 2 Millionen zur Verfügung, dies sind noch nicht ein Drittel von dem was alle in der Deutsche Metallarbeiterverband besitzt. Gegenüber allen freien Gewerkschaften sind die gewerkschaftlichen Geldmittel kaum nennenswert. Wir stellen deswegen ihre Gesamtleistungen auch im Unterstützungsweisen gar nicht in Vergleich. Nur der Metallarbeiterverband allein, die größte freie Gewerkschaft, sei in ihren Leistungen mit allen Gewerkvereinen zusammengestellt. Es ergibt sich da das folgende Bild:

	allen Dirsch-Dunderschen Gewerkvereinen	dem deutschen Metallarbeiterverband allein
Für Reise	19 518 Mk.	291 264 Mk.
„ Umzug	23 647 „	98 787 „
„ Kranke	887 254 „	2 745 888 „
„ Arbeitslose	230 757 „	1 536 818 „
„ Streikende	338 926 „	2 952 976 „
„ Gemahregelte	20 661 „	58 687 „
„ Notfälle	„	„
„ Sterbegeld	110 213 „	88 247 „
„ Rechtschutz	14 034 „	48 471 „
<b>zusammen</b>	<b>1 646 010 Mk.</b>	<b>7 815 588 Mk.</b>

Die Ziffern zeigen einwandfrei und absolut klar, daß auch finanziell die Gewerkvereine für die großen Arbeiterkämpfe außerordentlich wenig bedeuten. Ganz abgesehen davon, daß die Ausgaben für Kranken- und Sterbeunterstützung bei den freien Arbeiterorganisationen aus rein gewerkschaftlichen Mitteln gezahlt werden und dort Hilfskassen im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes bestehen.

Aber die Gewerkvereiner sind zufriedener als ein preussischer Schuhmann. Ihr Zentralorgan schreibt angesichts der obigen Zahlen: „Die gewaltigen Zahlen sprechen für sich selbst, und geben jedem, der für unsere Sache wirken will, eine Fülle von Material an die Hand. Wie ein starker Eichbaum stehen die deutschen Gewerkvereine da, allen Stürmen des wirtschaftlichen Lebens gegenüber gewappnet. Das beste Agitationsmaterial sind die obigen Zahlen. Keine Organisationsrichtung steht auf so sicherer Grundlage wie die deutschen Gewerkvereine.“

So sprach der „Gewerkverein“, einen Tag später hatten die Dirsch-Dunderscher 18 500 Mitglieder weniger! Arm er starker Eichbaum!

### Gewerkschaftsbewegung.

**Ein Sieg im Handumdrehen.** Die große Auseinandersetzung zwischen Bäckergehilfen und Meistern, die jetzt für Berlin mit dem Siege der Arbeiter entschieden worden ist, hat weit über die Mauern der Reichshauptstadt hinaus große Bedeutung. Einmal schon deshalb, weil es bis jetzt noch selten gelungen ist, gerade in handwerksmäßigen Betrieben die Forderungen der Arbeiter auf tariflicher Grundlage durchzuführen. Es ist charakteristisch, daß es auch hier die Großbetriebe, voran natürlich die Konsumgenossenschaft, waren, welche den Arbeitern zu-

erst ihre Rechte zukommen ließen. Bei dem Kampfe der Berliner Bäcker drehte es sich in erster Linie um die große Masse der Bäckermeister, welche in den siebzehn Innungen der Reichshauptstadt ihre Vertretung haben. Schon der Auftakt der Arbeiterbewegung war ganz eigener Art. Von dem Einigungsamte des Berliner Gewerbegerichtes wird nach tagelangen, zu keinem Resultat führenden Verhandlungen zwischen den Parteien, ein Schiedsgericht gebildet. Die Arbeiterbeisitzer des Schiedsgerichtes stimmten gegen ihn, es ist ja darin auch noch lange nicht das alles erreicht, was dem Bäckergehilfen rechtmäßigerweise eigentlich zukommt. Aber die Bäckermeister im Schiedsgericht waren wohl froh, so glimpflich davon gekommen zu sein, sie stimmten für den Schiedspruch. Und nun beginnt sich das Blättchen zu wenden, die Bäckergehilfen wollen zeigen, daß es ihnen nicht auf die „Verstärkung der sozialdemokratischen Macht“ ankommt, die Führer der Organisation kämpfen gegen die alles fordernden Gehilfen an, der Schiedspruch des Einigungsamtes wird mit überwältigender Majorität angenommen! Die 2000 Bäckermeister, die nach ihren Gehilfen zusammenkommen, beschließen mit 1400 Stimmen, alles abzulehnen! Die starke Minorität wurde offiziell in der eigenen und der Lokalanzeiger-Preße der Reichshauptstadt und den „wenigen kleinen Bäckermeistern“, die mit Lehrlingen und einem oder zwei Gehilfen arbeiten, die in Nixdorf oder anderen Arbeitergebieten von der „proletarischen Macht“ abhängig sind.

Die Antwort läßt nicht auf sich warten. Die Gehilfen lassen nun auch den Schiedspruch fallen und formulieren ihren eigenen Tarifvertrag. Er geht im besondern in der Frage des Ruhetages weiter als die Entscheidung des Gewerbegerichtes, und es ist gut so. Die Schulte im Kampfe sind natürlich wieder die Gelben. Die schließen sofort mit den Meistern einen Tarif ab, der weit hinter der Entscheidung des Einigungsamtes zurückbleibt. Die Heße beginnt. Im gelben „Bund“ erscheint der Aufruf: „Ein erster Mahnruf an alle nicht-sozialdemokratischen Arbeiter, Bürger und Hausfrauen!“ Und dann wird gelogen! Der freie Bäckerverband hat einen Streik und den Boykott vom Zaune gebrochen! Er nimmt nicht den schönen Tarif an, den wir schon abgeschlossen haben! „Damit uns unsere Freiheit erhalten bleibt, weidet die Geschäfte, welche den sozialdemokratischen Tarif anerkennen und uns frivolo ihre Gesellen dem sozialdemokratischen Verband ausgeliefert haben.“ So klingt das gelbe und garstige Lied.

Der Kampf und der Boykott beginnt, er nimmt den folgenden Verlauf, den wir nur kurz und bündig in Zahlen ausdrücken wollen:

Die Forderungen der Arbeiter wurden bewilligt	
am 26. 5. bis Beginn der Streikbeschlusversammlung	durch 782 Meist. für 1416 Gef. 122 Lehrf.
am 26. 5. bis Schluß der Versamml.	1122 „ „ — „ — „
am 27. 5. bis abends 7 Uhr	1617 „ „ 1297 „ 417 „
am 29. 5. bis nachm. 3 Uhr	1866 „ „ 3849 „ 492 „
am 30. 5. bis nachm. 3 Uhr	2056 „ „ 4331 „ 529 „
am 21. 5. bis nachm. 3 Uhr	2157 „ „ 4532 „ 552 „
am 1. 6. bis nachm. 3 Uhr	2209 „ „ 4590 „ 580 „
am 2. 7. bis nachm. 3 Uhr	2213 „ „ 4595 „ 580 „

Mit diesem Resultat ist der Kampf so gut wie beendet! Und zwar mit dem vollen Siege der Arbeiter, denn die 397 Gehilfen, die jetzt noch streiken, stellen eine Ziffer dar, die oft durch die Arbeitslosenzahl noch überschritten wird. Die Beendigung des Streiks wird erst kommenden Donnerstag beschlossen werden. Der glänzend durchgeführte Kampf zeigt, was es bedeutet, im rechten Moment einig sein und schlagen zu können.

**Erfolgreicher Streik der Brauereiarbeiter in Posen.** In der Neuen Posenener Brauerei legte das gesamte Personal, 65 Personen, darunter 17 weibliche, die Arbeit nieder. Die Vertreter des Brauereiarbeiter- und Mühlenarbeiter-Verbandes hatten bei wiederholten Verhandlungen versucht, auf friedlichem Wege zu einer Einigung zu gelangen. Der Versuch

scheiterte an der Hartnäckigkeit der Unternehmer, offenbauglaubten die Herren, die polnischen Arbeiter würden das letzte Mittel, den Streik, nicht anwenden. Darin hatten sie sich geirrt und die Folge war, daß nach halbtägiger Dauer eine Einigung zustande kam. Es wurde erzielt: Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich, Bezahlung der Arbeiter noch unentgeltlich zu leistenden Sonntagarbeit in der Dauer von 3-4 Stunden, höhere Bezahlung der überstundeten um 10 Pfg., durchschnittlich 8 Prozent Lohnerhöhung wöchentlich, 3 Tage jährlichen Erholungsurlaub und bei Krankheit 8 Tage volle Lohnzahlung. — Nachdem schon mit den übrigen Brauereien am Ort durch Streik oder friedliche Verhandlung eine Einigung erzielt war, haben die Brauereiarbeiter von Posen ihre Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Ferner wurde mit der größten Provinz-Brauerei in Krotoschin für ca. 60 Leute ein ähnlicher Tarif vereinbart. Diese Erfolge eröffnen die besten Aussichten auf die Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung in der noch auf diesem Gebiete zurückgebliebenen Provinz Posen.

**Zur Aussperrung der Steinfelder im Regierungsbezirk Magdeburg.** Die Unternehmer haben den ausgesperrten mitteilen lassen, daß sie in ihrer Versammlung vom 21. Mai die Einsetzung eines Schiedsgerichtes aus Berufsangehörigen endgültig abgelehnt hätten. Nach dem jetzt bereits zwölf Wochen dauernden Kampfe haben sie sich aber doch endlich zu direkten Verhandlungen bereit erklärt, wenn die ausgesperrten mitteilen würden, was sie von einem Schiedsgericht erwartet hätten und „annehmbare Zugeständnisse“ gemacht würden. Eine Bezirkskonferenz der Aussperrten hat darauf beschlossen, neue Verhandlungen einzuleiten. Inzwischen geht der Kampf mit aller Schärfe weiter. Die Unternehmer arbeiten mit schwarzen Listen, in denen selbst der Lohnbewegung Fernstehende verzeichnet sind. Unternehmer, die Aussperrte einstellten, werden gezwungen, die Arbeiter wieder zu entlassen. Die Behörden leisten den Scharfmachern weiter dadurch Vorstoß, daß sie für Pfasterarbeiten Aufschub gewähren. Zugang ist nach wie vor strengstens fernzuhalten.

**Die Holzarbeiter-Aussperrung in Kellheim bei Frankfurt a. M. ist beendet.** Die Arbeiter errangen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen um 1-8 Proz. und Erhöhung der Stundenlöhne um durchschnittlich 4 Pfennige. Während der Vertragsdauer wird die Arbeitszeit um wöchentlich zwei Stunden verkürzt.

**Vertraulicher Scharfmacherschwindel.** Gegenwärtig wird folgendes Zirkular verfaßt, das niedriger gehalten zu werden verdient:

Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. E. V. Vertraulich!  
An unsere Mitglieder!  
Es wird allgemein als ein schweres Übel empfunden, daß die Gewerkschaftsagitatoren und ihre Presse die Industrieunternehmungen und ihre Einrichtungen durch maßlose Beschimpfungen und Verleumdungen in den Augen der Arbeiterschaft herabzusetzen und die Arbeiter gegen die Unternehmer aufzuheben versuchen.  
Durch Verbreitung von Lügen, durch Über-treibung einzelner Ereignisse wird von diesen Elementen bei den Arbeitern Haß und Erbitterung, bei den Arbeitgebern eine tiefe Verbitterung gefäht und jedes ruhige Zusammenarbeiten, wie es in beider Interesse läge, unmöglich gemacht.  
Der Gesamtausfluß des Vereins hat es für wünschenswert erachtet, an einer Stelle alle Fälle, die den oben bezeichneten Mißstand in besonders tröster Form zeigen, zu sammeln, um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob eine wirksame Bekämpfung dieser systematischen Verheerung möglich ist.  
Wir richten daher an unsere Mitglieder die Bitte, dem Wunsche des Ausschusses entsprechend, uns künftig alle Fälle dieser Art, die die Einführung in unsere Sammlung wünschenswert erscheinen lassen, mitzuteilen.  
Diese Umfrage selbst bitten wir streng vertraulich zu behandeln.

Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands e. V. J. U. sez. Dr. Ottoneg.  
Der Scharfmachergehilfe, der dieses vertrauliche Geheiß schreiben mit seinem Namen decken muß, würde wahr-scheinlich in arge Verlegenheit geraten, wenn von ihm Beweise für seine beleidigenden Behauptungen verlangt würden. Wäre diesem Verein an einem ruhigen Zusammen-

Himmel fallende Glück mit möglichster Hastung auf, verbeugte sich in bester Form, wie es Lauras Jüngling gebührte, richtete ein behutsam auf Säulen getastetes Wort der Erkenntlichkeit an die zuvorkommende Legation und schwebte jodann, beinahe ohne die Stufen der Treppe zu berühren, wie ein in Wolke verklärter Geist ohne Leib davon.

In seiner Behagung erwartete ihn zwei fromme Schwestern. Eine davon war Antonina.

Anton wollte sich ihr zu Füßen werfen. Sie wußte dies zu verhindern.

„Ich habe wenig Zeit“, flüsterte sie ihm zu (damit die Anwesenden nicht deutlich verstehen konnten), „wir müssen eilen. Ih. Angelegenheiten werden hoffentlich geordnet sein.“

„Und alles, alles danke ich Ihnen!“ rief Anton.

„Dem Himmel, mein Lieber; sagen Sie, dem Himmel, der oftmals in einem Übermaß von Erbarmen unsere Vergehungen und Schwächen als Mittel anwendet, uns Gutes erreichen zu lassen, damit wir doppelt besüßamt sein mögen. Ich will Ihnen nicht verschweigen, Antoine, Ihre Sache stand sehr schlecht. Ihre Freiheit war gefährdet, mancherlei Anklagen erhoben sich gegen Sie, den schußlosen Fremdling. Da muß nun ein armes Mädchen, welches jetzt der Welt und ihren betrügerischen Freuden entzagt hat, zu jener Zeit, wo es noch der Welt angehört hat, in vertrautem Umgang gelehrt haben mit einem sehr hohen, großen, mächtigen Herrn. Und dieser Herr muß des Mädchens Angehen bewahrt haben, fester und inniger, wie solche Herren sonst das Bild eines leichtsinnigen, oft verachteten Geschöpfes zu bewahren pflegen. Zu meinem Ohre muß die Mäherin glücklich den Weg finden; ihre Bitten werden erhört, und der Freund ist gerettet. So wollte es der Himmel, dessen Werkzeug ich ward. Ihnen ist nicht bestimmt, in Mangel und Elend unterzugehen. Ihnen ist, so sagt mir die Stimme Gottes, die meine Seele erfüllt, ein glückliches, langes Leben beschieden: darum sollen Sie die Schule der Prüfungen durchdringen, sollen erfahren und empfinden, was Leiden sind, was Tränen undummer gelten, damit Sie ein in Ihrem Wirkungskreise für die Leiden und Tränen anderer ein mitleidendes Herz bewahren. Und nun ziehen Sie jetzt, mein guter Freund, in ein neues Land, suchen Sie die verheißene Heimat. Zwar ahnt mir, daß Sie noch fern vom Ziele sind, daß noch traurige Tage Ihrer harten, . . . aber auch diese werden überlebt werden, und aus Kämpfen wird der Friede hervorgehen.“

Wir beide finden uns auf Erden nicht mehr. Dies ist das letzte Lebenswort. Mich ruft die Pflicht, Gottes Schuld für mich ist unendlich, weil er mir vergönnt hat, Ihnen beige-

stehen. Ich will dankbar sein für diese Schuld; ich will von heute an in jedem Leidenden Antoine sehen, will einen jeden lieben wie — meinen Bruder.“

Sie reichte ihm die Hand, ließ eine kleine Summe Goldes in die feine Hand gleiten, wobei sie sagte: „Ein bescheidenes Reisegeld, von frommen Damen für meinen Kranken erbeten, denn ich bin arm.“

Dann machte sie das Zeichen des Kreuzes, nickte beiden Alten zu, reichte der sie begleitenden Schwester den Arm — und ging.

**Dreißigstes Kapitel.**  
über Chätou (sur Saône) und Lyon ging nun Anton bis Chambéry zusammen mit einigen Savoyarden, die in ihre Häuten heimkehren wollten, nachdem sie, durch die Welt vagabundierend, ein kleines Besitztum errungen. Seine Kasse war zu schwach bestellt, um anders als auf diese Art zu reisen.

Der Herbst war schön. Das Felleisen, worin er seine Habeleinigkeiten heberbergte, hing wohl schwer, doch bequem zu tragen; auf seinem starken Rücken, und er mußte lächeln, wenn er es mit jenem ungeheuren Bündel verglich, welches ihn vor vier Jahren bei seiner Flucht aus dem Häuschen der Großmutter schier zu Boden gedrückt. Von den Folgen der Krankheit empfand er nichts mehr. Die Jugendkraft, die ihn neu belebt und belebend durchströmte, spottete jeder Anstrengung, jeder Ermattung. Seine Tagebuchblätter, sauber abgeschrieben und wohl geordnet, gaben nur noch ein mäßiges Heft, das wenig Raum einnahm. Auch die Bioline, seine alte, treue Begleiterin und Trösterin seit B., wo er sie kaufte, wo sie ihm einsame Winterabende verführte, machte diesmal die Fußwanderung in leichtem Gewande von Wachslein mit. Von den Büchern freilich hatte er sich los-sagen müssen; deutsche, französische, englische, an die sich vielerlei Erinnerungen gekettet. Doch tröstete ihn die Hoffnung auf italienischen Ertrag, dem er ja recht eigentlich entgegen-ging. „Dernach verstehe ich schon vier Sprachen“, sagte er, sich selbst beruhigend über den Verlust jener papiernen Freunde, welche ihm durch manche schwere oder leere Stunde geholfen.

Wenn man keine Bücher hat, muß man häufig mit Menschen vorlieb nehmen; nur tritt der Unterschied ein, daß man bei Büchern prüfend fordert, die guten auswählt, die schlechten ungelesen lassen darf, während man, was Menschen betrifft, besonders auf Reisen und zu Fuße, wie unser Anton, nicht allzu reichliche Auswahl findet.

Im allgemeinen mag, was sehr oft von Büchern gilt, auch häufig von Menschen gelten, daß die älteren vorzu-ziehen sind.

Anton hielt sich auf dieser Reise an einen Savoyarden, der gut sein Vater sein konnte, Thomas mit Namen. Von diesem ließ er sich erzählen, wie es ihm auf seiner nicht allzu-bequemen Pilgerfahrt ergangen. Thomas war, ein winziges, sternloses Knäblein, ausgewandert, ohne Schutz, ohne Geld, ohne Kraft, ohne Erfahrung; Thomas hatte sich durch Betteln, Dienen, Arbeiten, Sparen bis zum Besitz einer Drehorgel emporgeschwungen; Thomas hatte später mit dieser Orgel ein von ihm erfundenes, durch eigene Finger ausgekittetes, lustig eingerichtetes Schattenspiel vereinigt; Thomas hatte im Laufe von zwanzig Jahren ein hübsches, kleines Vermögen gesammelt; Thomas hatte sein Theater samt Drehorgel an zwei jugendliche Nachfolger verkauft, die der neuen Firma „Thomas und Kompagnie“ keine Schande bringen sollten, wie er hoffte; — Thomas feiert nun in das Gebirgsdorf zurück, welches ihn geboren, um in demselben irgend ein freundliches Haus zu kaufen, aus dessen Türe ihm vor fünfundsiebzig Jahren milde Hände vielleicht ein Stückchen schwarzes Brot zugeworfen; Thomas ist entschlossen, die Tochter eines wohlhabenden Nachbarn heimzuführen, wobei er die Bekleidung erteilt, die Schönste im Kirchspiel sei eben gut genug für ihn.

Anton lauschte den Erzählungen des einfachen, aufrichtigen Mannes wie einem Evangelium. Er wußte nicht, was er mehr bewundern sollte an Thomas: ob die glücklichen Erfolge seiner Bemühungen, ob die Seelenruhe, die in diesen Erfolgen nicht nur nichts Erstaunliches erblickte, sondern dieselben sogar für ganz natürlich und billig hinnahm. Solches Selbstvertrauen, geknüpft auf praktische Gewandtheit, auf Kenntnis der Umgebungen, erschien dem Liebenauer Kinde beneidenswert. Er fing an zu ahnen, daß es Menschen gebe, die mit scharfen Blicken Weg und Steg zu ihrem Ziele verfolgen, ohne sich irre machen zu lassen, durch alles, was blüht und fliegt, schwebt und flattert; während wieder andere Menschen ihr schwärmerisches Auge nicht abwenden können von Blumen- Bögeln, Wolken und Sternen, dabei jedoch über jeden Stein stolpern, so auf der Straße liegt.

Daß Thomas zu der erstenen Gattung gehöre, unterlag für ihn keinem Zweifel. Daß er selbst ein wenig mit dem zweiten verwannt sei, fühlte er anzunehmen sich geneigt. Doch ebenso geneigt fühlte er sich, zu erlernen, was sich eben lernen lasse. Er schied nicht von Freund Thomas, ohne sich mancherlei erprobte Lebensregeln ins Gedächtnis geprägt zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

arbeiten, das, wie er selbst zugibt, im beiderseitigen Interesse läge, wirklich etwas gelegen, würde er keinen solchen Gehalt verlieren. Das Material, das daraufhin gesammelt wird, gönnen wir dem Verein der chemischen Schaffmayer gern. Er wird damit den Gewerkschaften und ihren Agitatoren keineswegs schaden.

**Ist der Gewerkschaftsbeitrag eine Rente?** Oft genug überlegt sich der Arbeiter: rentiert sich eigentlich der Beitrag, den ich an die Gewerkschaft zahle? Eine recht interessante und treffende Antwort bringt jetzt der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Er zeigt seinen Mitgliedern ohne große Redensarten einfach die folgenden Zahlen mit der Überschrift: „Die Laten der Organisation“.

Jahr	Erreichte wurden	
	Erhöhung der Löhne Mark	Befürzung der Arbeitszeit Stunden
1898	196 962	407 940
1899	342 886	516 828
1900	1 136 768	1 580 956
1901	319 636	419 952
1902	140 296	320 424
1903	907 920	1 574 196
1904	2 248 116	1 625 000
1905	1 157 416	865 896
1906	1 898 312	2 189 876
1907	2 318 004	1 843 452
1908	981 980	844 844
1909	1 577 732	1 568 654
1910	2 579 908	3 667 112

zusammen 15 805 968 Mark 17 425 160 Stunden

Dabei ist nicht mitgerechnet, was für Vorteile die in dieser Gewerkschaft angegliederten Arbeiter durch Bekämpfung von Verschlechterungen, Abschaffung von unhygienischen Arbeitsbedingungen usw. usw. gehabt haben. Und unübersehbar ist doch auch der gewaltige Fortschritt gegen früher, daß heute der organisierte Arbeiter im besonderen ganz anders behandelt wird als früher wo er noch als einzelner zu der großen stumpfen Masse gehörte. Kann es, wenn man sich diese Tatsachen alle richtig in Erinnerung ruft, überhaupt noch die Frage geben: Rentiert sich mein Beitrag? Nein, diese Frage kann es für einen klar denkenden Arbeiter nicht mehr geben, es giebt da nur noch eine Antwort und die lautet: Der Gewerkschaftsbeitrag ist heute für den Arbeiter die Anspruchserhebung auf eine Kulturrente wie sie keine Privatversicherungsgesellschaft, kein Staat und keine Wohltätigkeit leisten kann!

## 10. General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Mannheim, den 4. Juni 1911.

Vormittags-Sitzung.

Unter dem erhebendem Eindruck, eine halbe Million Mitglieder im Verband zu zählen, standen die Verhandlungen der am zweiten Pfingstfeiertag, vormittags 10 Uhr, eröffneten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Im Saale angebrachte Embleme erinnern an die früheren Verbandstage und zeigen durch Angabe der Mitgliederzahlen die Entwicklung des Verbandes.

Anwesend sind 209 Delegierte, vom Zentralvorstand die Vorsitzenden Schlicke und Reichel, der Hauptkassierer Werner, der Sekretär Assafich und der Beisitzer Karl Reiff. Die Redaktion der „Metallarbeiter-Ztg.“ ist durch Scherm und Duff vertreten, die General-Kommission durch Cohen-Berlin.

Außerdem sind anwesend die Bezirksleiter, zwei Vertreter des Ausschusses, Vertreter des Verbandes der Kupferschmiede, der Maschinisten und Heizer und der Schmiede.

Von auswärtigen Bruder-Organisationen sind Vertreter aus Österreich, aus Ungarn, Serbien, Dänemark, Schweden, der Schweiz, der Niederlande und aus England anwesend. Die Franzosen sind der Einladung nicht gefolgt.

Der Mannheimer Bevollmächtigte Schneider begrüßt die anwesenden Delegierten im Namen der Mannheimer. Er verweist darauf, daß Mannheim in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung stets seinen Mann gestanden habe. Ehemalig galt Mannheim als eine Hochburg der Hirsch-Duncker'schen. Gleichauf konnte 800 Mitglieder zählen, als die Mannheimer Zahlstelle erst 80 zählte. Aber trotz aller Demagogie der Hirsche sei die Zahlstelle doch schnell gewachsen. Als Gleichauf in den Generalrat eintrat, kam Balzer, der die von Erkelenz empfohlene Taktik handhabte. Er trat besonders radikal auf und bezeichnete die Verbändler als feige Kerle. Doch auch bald zog Balzer ab, und mit ihm eine große Anzahl der Hirsch-Duncker'schen Mitglieder, die zum Zentralverband übertraten. Sonstige Gegenorganisationen existierten in Mannheim nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sie machten sich höchstens durch Quertreibereien bemerkbar, darunter besonders die Anarcho's, die kaum ein Duzend Mitglieder zählten. Nach dem siegreichen Kampf bei Benz u. Co. im Jahre 1905 haben dann die Unternehmer ihre Organisation zu stärken gesucht und gelbe oder waterländische Arbeiterorganisationen ins Leben gerufen. . . . Mannheim habe seinerzeit einen schweren Zwist gehabt. Auf der Generalversammlung in Hamburg sei dieser behandelt worden, jetzt werde wohl in Mannheim der Hamburger Zwist behandelt werden (Seiterkeit). Mannheim habe die Differenz bald überwunden, die Zahlstelle zähle heute 7000 Mitglieder, die höchste Zahl seit ihrem Bestehen.

Nachdem hält der Verbandsvorsitzende Schlicke die Eröffnungsrede. Er verweist darauf, daß der Verband eigentlich ein dreifaches Jubiläum feiern könne: eine halbe Million Mitglieder, 20jähriges Bestehen, und um wenige Tage differiere es, daß vor 25 Jahren die Reaktion in Deutschland den Verband zu vernichten suchte. Trotzdem habe der Verband schnelle und gute Fortschritte gemacht. Mit banger Erwartung gingen die Delegierten 1891, als die Gründung des Verbandes beschlossen war, auseinander. Das Sozialistengesetz war gefallen, aber damit war die Reaktion in Deutschland noch nicht gefallen.

Ein bedeutendes Häuflein der Berufskollegen stand nach Gründung des Zentralverbandes dieser Organisation noch fern. Es tobte der Kampf um die Form der Organisation. Im Laufe der Zeit haben dann viele kleinere Verbände ihren Anschluß an die große Organisation gefunden, die dann erst imstande war nicht nur Kämpfe zu organisieren, sondern auch Siege zu erringen. Der Verband habe sich bei den Unternehmern besondere Achtung erworben. Den Unternehmern müsse es imponiert haben, daß der Verband den Ablauf der wirtschaftlichen Krise nicht nur an Mitgliedern zunahm, sondern auch sofort in der Lage war, Forderungen zu stellen und schwere Kämpfe auszutragen. Redner spricht die Meinung aus, daß nicht die großen Kassen, sondern vor allem auch der Geist der Organisation starke Wirkung nach außen habe und das Vertrauen zur Organisation festige. Die Entwicklung des Verbandes stehe in der internationalen Arbeiterbewegung einzig da. Der Verband spiele

im internationalen Konzert die erste Geige und habe weit über die Grenzen Deutschlands hinaus mit seiner Entwicklung Bewunderung erregt. Mit der Aufforderung zu intensiver Arbeit, getragen von gegenseitigem Vertrauen, schließt Schlicke seine mit Beifall aufgenommenen Begrüßungsrede.

Nach der Wahl folgen die Begrüßungsreden der Vertreter der ausländischen Verbände. Sie beglückwünschen den Verband zu seinem Jubiläum und zu seinen großen Erfolgen. Johann-Schweden bespricht dabei kurz den schwedischen Generalstreik. Die Schweden hätten einen großen Kampf hinter sich. Von großen Erfolgen durch ihn könne er aber nicht berichten. Der Gedanke des Generalstreiks werde vielfach stark propagiert; er wird hier und da als ein Allheilmittel gepriesen, durch das gewissermaßen mit einem Schlage das soziale Elend beseitigt werden könne. Sie in Schweden hätten dieses Mittel versucht, er müsse aber bekunden, daß die Organisationen heute nach 2 Jahren noch unter der Wirkung des Generalstreiks zu leiden hätten. Die Mitgliederzahl in den schwedischen Gewerkschaften seien bis zur Hälfte geschmolzen und das Vertrauen zur Organisation sei geschwunden. Wenn die schwedischen Metallarbeiter die Niederlage leichter überwinden hätten, sei das der tatkräftigen Unterstützung des internationalen Sekretariats zu danken. Der Gedanke des Generalstreiks sei sehr verführerisch, die Anwendung des Streiks aber müsse genau geprüft werden. Die schwedischen Gewerkschaften sei jetzt an einem Wendepunkt angelangt, die Mitgliederzahl steige wieder. Auch sei zu hoffen, daß die demnächst zu erfolgende Reichstagswahl befruchtend auf die Gewerkschaftsbewegung wirken werde.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Begrüßungsreden der Vertreter der Schmiede, der Maschinisten und Heizer und der Kupferschmiede, nimmt noch der Genosse Fürth aus Serbien das Wort. Er schildert in temperamentvoller in deutscher Sprache gehaltener Rede die erbärmlichen Arbeitszustände in Serbien und schließt mit den Worten: „Für uns im Orient geht die Sonne nicht vom Osten auf, sondern die rote Sonne vom Westen.“ Es folgt hierauf der Bericht der Mandatprüfungskommission. Hierbei kommt es zu längeren Auseinandersetzungen über die Gültigkeit eines Hamburger Mandats. Gegen das Mitglied Wodrich war vom Mitglied Dittmer (Geschäftsführer der Hamburger Produktion) ein Antrag auf Ausschluß gestellt worden. Da nach dem Statut Rechte und Pflichten der Mitglieder während der Zeit, wo ein Ausschlußverfahren vorliegt, ruhen, so wurde die Wahl Wodrich's für ungültig erklärt. Von Kürbis-Hamburg wurde die Anerkennung des Mandats verteidigt, mit der Begründung, daß es sich nicht um ein Ausschlußverfahren handle, sondern nur um ein Schiedsgerichtsverfahren, weshalb die Bestimmung des Statuts nicht anwendbar sei. Bei der Abstimmung wurde dann dem Antrage der Mandatprüfungskommission mit 111 gegen 74 Stimmen stattgegeben, damit also die Wahl Wodrich's für ungültig erklärt und als nächstfolgender Kandidat Otto Franz-Hamburg als Vertreter zugelassen.

Darauf erfolgt die Wahl des Bureaus. Als Vorsitzende werden gewählt: Schlicke-Stuttgart, Cohen-Berlin und Hahn-Mannheim. Als Schriftführer werden vier Delegierte gewählt und zu Führern der Rednerliste ebenfalls vier Personen.

Nach der Wahl der übrigen Kommissionen vertagt sich die Generalversammlung um 6 Uhr abends. Am Abend findet ein Festkommers im Nibelungenaal des städtischen Rosengartens statt.

## Aus Nah und Fern.

**Während eines Hundertkilometer-Rennens** mit Schrittmachern, das Sonnabend nachmittag gegen 1/7 Uhr auf der Radrennbahn in Zehlendorf bei Berlin stattfand, stürzte der Rennfahrer Theile infolge Reifendefekts am Vorderrad und glitt die Kurve hinab. Der Schrittmachermotor des dicht neben Theile liegenden Franzosen Miquel ging über den Gestürzten hinweg und drückte ihm den Brustkasten ein. Theile wurde sofort getötet.

**Nisiko der Arbeit.** In der chemischen Fabrik Grümer und Grimberg in Bochum ereignete sich eine Explosion, wobei eine Arbeiterin getötet, eine schwer verletzt und zwei leicht verletzt wurden; ein Arbeiter erlitt leichte Brandwunden. — Von einem Neubau in Kiew stürzte das letzte Stockwerk ab, fiel auf ein hölzernes Nebenhäus und zerstörte es. Ein Student wurde getötet und sieben weitere Personen schwer verletzt.

**Unerschämte Patrioten.** Der Ausschuß des Kornblumentages in Viebrich a. Rh. hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Überschuß des Kornblumentages in Höhe von 4115,50 Mk. an alle in Viebrich wohnenden wüßigen Veteranen und Witwen und unter 14 Jahre alten Waisen gleichmäßig zu verteilen, ohne Rücksicht darauf, ob sie einem militärischen Verein angehören oder nicht. (!) Aber —

Personen, die das Militär- und Kriegervereinswesen bekämpfen, sowie Sozialdemokraten werden bei der Verteilung nicht berücksichtigt.

**Bravo!** Die Viebricher Patrioten haben sich dadurch, daß sie die Wohltätigkeit in die vorgeschriebenen geordneten Bahnen gewiesen haben, zweifellos um das Vaterland verdient gemacht. Hoffentlich wird eine entsprechende Anerkennung von „oben“ in der üblichen Form nicht ausbleiben. Wie viel „würdige“ Veteranen man aber finden würde, wenn man alle Veteranen auf Herz und Nieren prüfen könnte, wozu wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls wird die Arbeiterschaft aus dem Viebricher Fall ihre Lehren ziehen für den Kornblumentummel, den der Preussische Landesverein vom Roten Kreuz am 18. Juni in ganz Preußen zu veranstalten gedenkt.

**Kirchlicher Terrorismus.** Mit gutgespielter Entrüstung zeteren die schwarzblauen Reaktionen bei jeder Gelegenheit über angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie. Auch das Auktentat auf die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen wurde ja begründet mit dem Terror, den die Sozialdemokraten gegenüber allen anders gesinnten Leuten ausüben sollen. Wo in Wirklichkeit die Terroristen sitzen, lehrt wieder einmal ein Wortkommis, an dem die Frömmsten der Frommen beteiligt sind. Im heiligen Köln veranstalteten kürzlich die Kapuzinermissionen in den katholischen Kirchen sog. Missionen. Bei dieser Gelegenheit wurden an die Gläubigen Zettel verteilt, die überschrieben: „Meine Vorsätze.“ (Jeden Sonntag bei der hl. Messe zu erneuern) folgende Angstigung der armen gläubigen Seelen enthalten:

„Ich will meine Seele retten. Darum will ich die letzten Dinge stets vor Augen halten. Es kommt der Tod, vielleicht gar bald, und dann das strenge Gericht mit dem unwiderrücklichen Urteilspruch. Wie wird er lauten, Himmel oder Hölle? Wie — wenn ich jetzt fürbe? . . . Ich will von mir und meiner Familie alles fern halten, was den Glauben in Gefahr bringen könnte, keine Freundschaft mit glaubens- und sittenlosen Menschen halten, keine Bücher lesen, die den Glauben oder die Sittlichkeit bekämpfen, keine unsittlichen,

kirchfeindlichen, farblosen Zeitungen lesen oder halten. Besonders will ich mich hüten vor einer Bekanntschaft mit Personen, die nicht gleicher Meinung und gleichen Glaubens sind, und keine gemischte Ehe eingehen . . .“

Die Zettel tragen den Vermerk „mit bischöflicher Genehmigung“. So werden die Frommen im Banne der allein seligmachenden Kirche gehalten, die ihnen vorschreibt wie sie leben, was sie lesen, was sie lieben und — wen sie wählen sollen. Und das klagt über sozialdemokratischen Terrorismus.

**Die eigene Mutter geschändet.** Ein scheußliches Verbrechen ist im Orte Berreuz an einer 76-jährigen Greisin namens Bertier begangen worden. Die alte Frau ist zum zweiten Male verheiratet. Von ihren drei Kindern aus erster Ehe bliebe ihr Sohn als Offizier im 21. Kolonial-Infanterie-Regiment, wo er jedoch vor drei Wochen mit Hinterlassung einer großen Schuldenlast desertiert war. Am Freitag morgen 3 Uhr hatte der Mann der Frau Bertier gegen 5 Uhr vom Schlafzimmer im oberen Stock nach der Küche im Erdgeschoß begab, wurde sie hier plötzlich von zwei maskierten Räubern überfallen, die sie banden, knebelten und in ein Tuch wickelten. Dann machten sich die beiden daran, sämtliche Schränke und Schubladen zu erbrechen und die Wohnung auszulündern. Einer der maskierten Räuber löste sofort auf den Steinfliesen der Küche liegenden Frau Bertier die Fußfesseln und versuchte sie zu vergewaltigen. Daß der Frau übergeworfene Tuch verweilte jedoch kein scheußliches Vorhaben. Da trat der zweite Räuber hinzu, löste der alten Frau auch die Handfesseln, entfernte das Tuch und führte das Verbrechen aus. Die sich heftig wehrende Greisin griff ihm jedoch nach der Gesichtsmaske und riß sie hinweg. Mit dem Aufschrei „Gehy, du bist es?“ fiel sie in Ohnmacht. Der ehemalige Leutnant hatte seine eigene Mutter vergewaltigt. Als sich die Unholde erkannt sahen, ergriffen sie unverzüglich die Flucht. Frau Bertier kam nach kurzer Zeit wieder zur Besinnung und rief Nachbarn herbei, die die Verfolgung der Räuber einleiteten. Es gelang der Polizei auch, die beiden in einem kleinen Hotel des Ortes festzunehmen.

**Kürfürgezüglinge als Lohndrücker.** Daß die Agrarier das Ausbeutungsgeschäft wirklich mit Nutzen zu führen verstehen, dafür bietet das Vorgehen der Richtigofenischen Gutsverwaltung in Groß-Rosen (Schlesien) einen neuen Beweis. Auf dem Gute wurden an den Dreschmaschinen bisher Frauen beschäftigt. Als diese nun vor einigen Tagen um eine Erhöhung ihres Hungerlohnes von 80 auf 90 Pfennig einkamen, wurden sie wegen dieser „Anmaßung“, die den heiligen Junkerprofit zu schädigen drohte, entlassen, und die Gutsverwaltung nahm zur Bedienung der Maschinen Zöglinge aus der Rettungsanstalt in Groß-Rosen an. Da für diese nur 50 Pf. pro Tag zu zahlen sind, so hat der Gutsbesitzer noch einen netten Extraprofit herausgeschlagen. Daß die Familien der entlassenen Frauen unter seiner Maßregel zu leiden haben, kümmert den Junker natürlich herzlich wenig.

**Eine Telephonistin vom Blitz getroffen.** In Frankenthal in Bayern wurde auf dem dortigen Telephonamt eine Telephonistin bei Ausübung ihres Dienstes vom Blitz getroffen. Da über Frankenthal und Umgebung um diese Zeit ein Gewitter nicht stand, muß der Blitzschlag von einem Ferngewitter herköhren. Die Beamtin wurde zu Boden gestreift und erlitt auf der Gesichtseite, auf der sie den Hörer hielt, Brandwunden sowie eine Lähmung des Armes.

**Ein Vater als Mörder seines Sohnes.** In Ergolzbach in der Pfalz hat der Bauer Hopfenberger seinen Sohn unter sonderbaren Umständen ermordet. Der 14-jährige Georg Hopfenberger hatte schon seit frühesten Jugend die Eltern tätlich bedroht und kürzlich die Absicht geäußert, daß er sie erschlagen werde. Die Mutter, die sich vor ihm nicht mehr retten konnte, wohnte Nachts im Schweinestall. Um diesem Zustand ein Ende zu machen, ging der alte Bauer in der vergangenen Nacht in das Zimmer seines Sohnes, beleuchtete ihn mit einer Kerze mehrere Minuten lang und geröchelte ihm dann mit einer Axt den Schädel, der eine 20 Zentimeter lange Wunde aufwies. Dann zog er seinen Sonntagstaat an und stellte sich dem Gericht in Landsbut. Bei seiner Vernehmung antwortete er auf die Frage, ob er denn nicht bedacht habe, daß er seinen Sohn mit der Axt töten könnte: „Das habe ich ja gerade gewollt; ich konnte mich anders nicht mehr vor ihm retten.“ Er habe mit vollem Bewußtsein gehandelt und nehme jede Strafe an, die ihm zudiktirt werde.

**Schrecklicher Tod.** In dem russischen Kirchdorf Poleshny wurden drei Räuber, die das Haus des Geistlichen überfielen und mehrere Bauern verwundeten, von den ergrimten Dorfbewohnern in einen Sumpf gejagt und erschlagen.

**Schlammregen in Neapel.** Seit einigen Tagen gehen in der Gegend fürchterliche Regengüsse nieder. Dadurch, daß die Wassermassen sich mit der vom Vesuv ausgestoßenen Asche vermischen, wird die ganze Gegend weithin von einer grauschwarzen schlammigen Masse überzogen. Der Schanden ist ungeheuer.

**Die Cholera in Venedig?** Trotz amtlicher Dementis, die von der venezianischen Stadtverwaltung erlassen wurden, scheint doch die Cholera in Venedig ihren Stützpunkt gehalten zu haben. Vor einigen Tagen war ein Postbeamter, der seinen Urlaub in Venedig verbracht hatte, Choleraerkrankt nach seiner Heimat Graz zurückgekehrt und bald darauf gestorben. Auch andre Personen in Graz erkrankten. Jetzt sind in Graz über Trieste amtliche Berichte eingetroffen, nach denen in Venedig dreihundert Personen an Cholera erkrankt und bereits vier Personen gestorben sind. Die Behörden haben alle Maßnahmen getroffen, um der Weiterverbreitung der Seuche vorzubeugen. Die Ärzte in Venedig haben sich gegen die Verheimlichung des Sachverhalts durch die Regierung gewendet und die Bevölkerung aufgefordert, Vorsichtsmaßnahmen zu beobachten. Die „Agenzia Stefani“ hält trotzdem die Nachricht aufrecht, daß das Gerücht, in Venedig herrscht die Cholera, durchaus falsch sei. Jedoch sind auch in Wien entgegen dem offiziellen Dementi der Behörden Venedigs Nachrichten eingetroffen, daß in Venedig die Cholera herrsche. Die amtliche Mitteilung werde angeblich auf Anordnung des Ministerpräsidenten unterdrückt, da am 5. Juni die Enthüllung des Viktor-Emanuel-Denkmal in Rom stattfand. Und deswegen werden Tausende von Menschenleben gefährdet!

## Literarisches.

**Eingegangene Schriften und Bücher.**

„Wahrer Jakob“, Nr. 12 des 28. Jahrganges.  
„Gleichheit“, Nr. 18.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.  
Verleger: Th. Schmarz, Druck: Friedrich Meyer & Co. Sams in Lübeck.

